

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Kolonelle
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Insertate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 21. August 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Blinde Weltpolitik.

Die Regierung verweigert jede Auskunft über ihre weitere
Chinapolitik. Die Rücksichtslosigkeit der Geheimhaltung findet aller-
dings Entschuldigung darin, daß offenbar die Regierung keine
Politik hat, über die sie etwas mitteilen könnte.

In den Zeitungen findet sich fast allenthalben dieselbe Un-
klarheit. Die meisten der großen Blätter wissen kein Wort zu
sagen, was nun werden soll. Zwischen unklarer Begeisterung und
hangen Zweifeln hin und her geworfen, warten sie ab, wohin eine
blinde Weltpolitik sie führen wird, und lassen täglich neue Summen
nutzlos verschwinden.

Aber selbst die deutsche Regierung hat auf Li-Hung-Shangs
Vorschlag der Friedensvermittlung erwidert: Nicht eher als bis
die Gesandten gesichert sind, werden wir Friedens-
verhandlungen eingehen. Die Gesandten sind in Sicherheit. Das Ziel
der militärischen Aktion ist nicht nur erreicht, es ist durch die Ein-
nahme der Hauptstadt Chinas überholt. Was will man nun noch
ander der Verhandlungen der Diplomatie, deren
einzige Sorgfalt darauf gerichtet sein sollte, wie durch eine
vernünftiger Chinapolitik dem Ausbruch ähnlicher Unruhen für die
Zukunft vorgebeugt werden kann?

Denkt man im jetzigen Siegedrausch daran, China mit dem
Säbel in der Faust zu durchziehen, so hieße das China in seinen Tiefen
ausführen. Man übersteht in der Chinawut vollkommen die wich-
tigste Tatsache, daß das gesamte chinesische Reich außer den
nördlichen Gebieten Ruhe gehalten hat. Die Erfolge der
Mächte in China sind — den Chinesen zu verdanken, vor
allen den vielverleibtesten Viceröyernen der mittleren und südlichen
Provinzen, welche die Teilnahme am Aufstand verweigerten. Will
man jetzt weitere kriegerische Aktionen unternehmen, so besteht
die Gefahr, daß man das Unheil, das bis jetzt noch
vermieden ist, heraufbeschwört, daß ganz China in Aufruhr
entflammt und alle europäischen Walderses den Brand nicht zu er-
sticken vermöchten.

Will man Schrecken verbreiten, so wird man in Schrecken
enden. In wenigen Jahren würden die Zustände in China weit
schlimmer für die Fremden sein als bisher.

Recht lehrreich sind die Auskünfte, die ein Mitglied der Berliner
chinesischen Gesandtschaft einem Interviewer der „V. Ztg.“ gab. Es
entwickelte sich folgendes Gespräch:

Der chinesische Diplomat: „Als aufrichtiger Freund Europas
und speziell Deutschlands kann ich die Schärfe nur beklagen, mit
der namentlich die Leiter der deutschen Politik
meinem Vaterlande zu Leibe gehen. Denn ich fürchte, beide
Teile werden dadurch wenig gewinnen, am wenigsten
Deutschland, das, wie es scheint, ohne es zu wollen, die Sonder-
pläne der andern Mächte fördert.“

Der Interviewer: „Wie ist das zu verstehen? Deutschland
hätte, so dünkte ich, infolge des Gesandtenmords allen Grund,
die schärfsten Mittel anzuwenden, um Genugthuung und
Entschädigung für verlorenes Gut und Blut zu erlangen und
überdies einer Wiederholung anarischer Zustände vorzubeugen.“

Der Diplomat: „Sehr wohl, mein Herr, ich kann die
Empörung über den Mord des Barons v. Ketteler, der ja, wie
Sie wissen, selbst in unseren Regierungskreisen hohes Ansehen
genießt, begreifen, allein mit dem Gefühl der Empörung treibt
man keine Politik, die der Allgemeinheit Nutzen bringt.
Mit allem Pulver und Blei, das da verschossen wird, kann der
Geistete doch nicht wieder zum Leben erweckt werden. Und was
ist schließlich der Endzweck jeder Politik? Doch der
materielle und moralische Nutzen, den man erstrebt. Einen solchen
sehe ich aber, wie die Dinge jetzt liegen, für Deutschland nicht
vorans.“

Interviewer: „Warum nicht, wenn ich fragen darf?“

Der Diplomat: „Nun einfach deshalb nicht, weil man nach
Beendigung selbst eines siegreichen Kriegs
China zur Liebe für Deutschland und zum Handeltreiben mit
Deutschland nicht zwingen können. Der Waffen-

ruhm allein aber kann doch unmöglich Ziel und Zweck einer
Politik bilden.“

Interviewer: „Das dürfte auch keineswegs bei der deutschen
Politik zutreffen. Deutschland hat sehr gewichtige
Handelsinteressen in China zu vertreten.“

Der Diplomat: „Gerade weil es dies hat, erscheint mir die
Führung, die es übernommen, nicht vorteilhaft. Für
England und Rußland stehen viel größere Interessen auf dem
Spiele, und doch ist deren Politik eine viel ruhigere.
Wenn es sich um die Vorteile handeln wird, fürchte ich, wird
Deutschland in die letzte Linie treten müssen.“

In verständigen deutschen Kreisen teilt man diese Beurteilung
der deutschen Voreiligkeit und Aufwands. Von „hochgeschätzter
parlamentarischer Seite“ wird dem „Berliner Börsen-Kourier“ —
das Blatt selbst wagt die Anschauung seines parlamentarischen
Warners noch nicht völlig zu billigen — geschrieben:

Welche Wirkung aber wird die deutsche Präponderanz auf die
Chinesen üben? Sie müssen in den Deutschen ihren ärgsten
Feind erblicken, sie müssen es umsonst, als ihnen deutscher-
seits angedroht ist, daß sie auf die Knie gezwungen werden sollen
und keinen Pardon zu erwarten haben, — falls die über
die Kaiserreden verbreiteten Versionen richtig sind. Ja, noch mehr,
die Deutschen sollen denselben Schrecken in China verbreiten, wie
ehedem die Hunnen in Europa. Es ist eine alte Erfahrung, daß
es so aus dem Walde herauschallt, wie hinein-
gerufen wird. Auge um Auge, Zahn um Zahn, das ist des
Kriegs Regel. Gegen Deutschland also richtet sich die Wut
der chinesischen Nationalisten am heftigsten, und wie auch die
Würfel fallen, sie wird nächstem Jahre, vielleicht Jahrzehnte
lang. Mit dem deutschen Kaufmann wird der Chinese,
sobald er sich von seinem Fall erhebt, nicht Geschäfte
machen wollen; den deutschen Ingenieur wird er schiel
ansehen, und den deutschen Missionar haßt er noch
leidenschaftlicher als zuvor. Um des Absatz-
markts willen gingen wir nach China, und der wird uns
verdorben; um Kapitalien anzulegen und auszunutzen, pachteten
wir Gebietsrechte, und das wird uns erschwert. Kann man es da
den Leuten, die über dem Patriotismus nicht die Besonnenheit
berliken wollen, verdenken, wenn sie Betrachtungen darüber an-
stellen, ob es gut war, an die Spitze zu treten, oder ob wir nicht
besser in Reich und Glied mit den übrigen marschieren wären und
dem Staat den Vortrang überlassen hätten, der sich näher als wir
interessiert fühlt?“

Gründe der Gerechtigkeit gleicherweise wie Gründe der Nützlich-
keit fordern die Zurückhaltung von weiterer, durch nichts gebotener
militärischer Aktion.

Wenn diese Erkenntnis auch dem deutschen Thatsendrange nicht
dämmert, so ist doch zu hoffen, daß die Politik der andern
Mächte wisser Abenteurerlust bändigen wird.

Es ist außer Zweifel, daß die übrigen in China beteiligten
Staaten keinerlei Veranlassung sehen werden, ihre Truppen dem
deutschen Oberkommandierenden zu weiteren Kriegszügen zu unter-
stellen. Für Amerika, England und Japan ist der
Feldzug, den Waldersee kommandieren sollte, beendet. Frank-
reich ist froh, durch den Verlauf der Ereignisse der Unterstellung
seiner Truppen unter deutschen Befehl entgehen zu sein. Delcassés
schon erwähnte Rede zeigt dies mit genügender Deutlichkeit. Der
französische Minister des Auswärtigen sagt ausdrücklich:

„Die Stimme des Gewissens der ganzen Welt habe ihnen
das nächste Ziel gewiesen: Befreiung der Gesandten. Das sei
auch der Hauptzweck der gemeinsamen militärischen
Aktion. Dieser Zweck sei nunmehr erreicht oder doch so
gut wie erreicht.“

Das heißt: Herr Oberkommandierender Graf Waldersee, Sie
brauchen sich den Wühlhaken der weiten Seereise nicht auszufolgen!

Die Diplomatie hat das Wort. Die Truppen, die das chine-
sische Meer besiegten und Peking eroberten, sind hinreichend
zur Sicherung eines ruhigen Verlaufs der diplomatischen
Verhandlungen. Unbegreiflich ist es, wenn noch weitere
Truppenzusendungen erfolgen. Sendet Deutschland neue Regimenter
nach Ostasien, so setzt es sich dem berechtigten Verdacht auf, daß es
weitergehende Pläne verfolgt. Deutschland machte den Anfang der
„Pacht“-Politik; warum soll man sich von den Verändern des
„größeren Deutschland“ nicht neuer Gewaltpläne gewärtigen?

In Peking.

Von den befreiten Gesandtschaften liegen noch immer keinerlei
Schilderungen der Vorgänge in Peking während der letzten Monate
vor. Dagegen wird gemeldet, daß in Peking noch gekämpft wird.
Ein Teil der Stadt soll in Flammen stehen und die Kaiserin
soll nicht, wie bisher angenommen wurde, entflohen sein, sondern sich
im Palast befinden.

Die ersten deutschen Truppenzusendungen sind am
15. August, am Tage der Einnahme Peking, in Taku an-
gekommen. Die Seebataillone sollen im Eilmarsch nach Peking
rücken; warum im Eilmarsch, ist unverständlich.

Strasentämpfe.

Die englische Admiralität veröffentlicht nachfolgendes
Telegramm des Admirals Bruce, datiert Tschifu, den 19. d. M.:
„Ich höre aus japanischer Quelle, daß ein Teil von Peking
in Flammen steht; der Kampf in den Straßen dauert fort,
Jungsu verhinderte die Kaiserin, Peking zu
verlassen. Die Verbündeten umzingeln und beschließen die
innere Stadt, wo man ihnen den letzten Widerstand ent-
gegenstellt.“

Die römische „Agenzia Stefani“ meldet aus Taku
über Tschifu vom Sonnabend, nach Meldungen aus Peking solle
der Kampf in den Straßen der Stadt noch fort-
dauern. Die verbündeten Truppen beschließen die Punkte, an
denen noch Widerstand geleistet wird. Prinz Jung habe die Kaiserin-
Witwe an der Abreise gehindert.

Der deutsche Konsul in Tschifu meldet unter dem 20. August:
„Verbündete Truppen beschließen den besetzten Kaiserpalast.
Kaiserin angeblich noch in ihm.“

Ankunft der deutschen Truppen.

Wie der 2. Admiral des deutschen Kreuzergeschwaders vom
15. August meldet, ist der Generalmajor v. Höpfner mit
den Seebataillonen 5 Uhr nachmittags am
15. August in Taku eingetroffen. Das Wetter war für
die Auslieferung ungünstig. Bis 16. abends wird Auslieferung aber
beendet sein.

Kapitän Böhl (Kommandant der „Hansa“) hat am 14. vormittags
Ho-Hsi-wu erreicht, am 15. um 9 Uhr vormittags Ma-tou und
beabsichtigte, dort zu bleiben, bis Verbindung mit Kapitänleutnant
Hecht (S. M. S. „Hertha“) hergestellt ist, da Proviant für weiteres
Vorgehen unbedingt erforderlich. Hecht hat Jangtun 15. mittags
verlassen. Gesundheit der Mannschaften trotz großer An-
strengungen gut.

Vom 17. August meldet der zweite Admiral des Kreuzer-
geschwaders ab Taku:

Generalmajor v. Höpfner telegraphiert: Drahtverbindung mit
russischem Häfner ist aufgenommen. Habe Adjutant zu ihm geschickt.
Detachment ist voraussichtlich 17. abends in Tientsin versammelt,
dann Eilmarsch nach Peking.

Am Jangtsekiang.

Den „Times“ wird aus Hongkong vom 19. d. M. ge-
meldet:

Die Mandarinen in den Kwangprovinzen sind ängstlich darauf
bedacht, für die Ausländer zu sorgen. In Prokla-
mationen wird darauf hingewiesen, daß die Aufständischen
im Norden sich verschulmet hätten durch das Verhalten
mehrerer sehr hohen Staatsmänner, die mit den Bogern verbündet
gewesen seien. Die Einnahme von Peking müsse als
eine gerechte Strafe angesehen werden. Die
Mandarinen erklären weiter, Sache der Verbündeten sei es, den
Frieden wiederherzustellen; das Operationsgebiet solle auf den
Norden begrenzt werden. Die Bevölkerung wird streng
angewiesen, aufrührerische Bewegungen zu vermeiden und die Aus-
länder zu schützen.

Washington, 18. August. Die Mächte haben ein Ueber-
kommen getroffen, nach welchem die Admirale der in Shanghai be-
tretenen Mächte bei der Ueberwachung der chinesischen Jangtseflotte
gemeinsam handeln, anstatt das der britische Admiral
diese Aufgabe allein ausführt.

Shanghai, 18. August. Da heute hier englische Truppen
geändert werden, haben die Franzosen Vorlesungen ge-
troffen, um 150 Matrosen in der französischen Niederlassung zu
landen.

Kapitalistenfreude.

Die „Deutsch-Asiatische Bank“ empfangt in Berlin ein Telegramm
aus Shanghai, daß die fällige Monatsrate für die fünf-
prozentige chinesische Staatsanleihe von 1896 pünktlich einge-
gangen ist. —

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. August.

Die Kaiserrede.

Die letzte Kaiserrede in Wilhelmshöhe scheint der Willowschen
Censur nicht unterbreitet worden zu sein. Bei einer Nachprüfung
im Auswärtigen Amte wären einige Fehler des Nachschreibenden
gewiß berichtigt worden.

Es ist auffallend, daß das ausschlaggebende Ereignis der Ein-
nahme Peking für den Kaiser nicht existiert haben soll. Die Nach-
richt war mehr als 24 Stunden vor der Rede bekannt. Man mußte
also erwarten, daß der Kaiser dem scheidenden Grafen Waldersee die
ihm nach der Einnahme von Peking in China noch erwartenden Auf-
gaben näher bezeichnet hätte. Das ist jedoch nach dem vorliegenden
Telegramm in keiner Weise geschehen.

Sodann ist die Aeußerung des Kaisers über den Ursprung der
Idee eines deutschen Oberkommandierenden höchst auffallend.
Der Kaiser sagte:

„Lieber Waldersee, ich spreche Ihnen meinen Glückwunsch aus,
daß ich Sie nochmals an dem heutigen Tage als Führer der ver-
einigten Truppen der zivilisierten Welt begrüßen darf. Von
hoher Bedeutung ist es, daß Ihre Ernennung
zum Ausgangspunkt hat die Anregung und den
Wunsch Seiner Majestät des Kaisers aller
Reichen, des mächtigen Herrschers, der weit bis in die asiatischen
Lande hinein seine Macht verbreiten läßt.“

Aber in dem kürzlich verbreiteten amtlichen Communiqué
des Petersburger „Regierungsboten“ war der Ursprung des Waldersee-
Kammandos ganz anders dargelegt:

„Als unter den Mächten ein Meinungsaustrausch über die beste
Art der Einigung bezüglich der Operationen der internationalen
Truppen stattfand, wandte sich Kaiser Wilhelm direkt
telegraphisch an Kaiser Nikolaus sowie auch an alle
interessierten Regierungen und stellte den Feldmarschall
Grafen v. Waldersee zur Verfügung, welchem in
der Eigenschaft eines Oberkommandierenden die Leitung der
Operationen der auf dem Kriegsschauplatz von Peking kon-
zentrierten internationalen Truppen übertragen werden könnte.“

Von dem Wunsche befeelt, die im fernen Osten entstandenen Verwickelungen in kürzester Zeit zu ordnen, antwortete Kaiser Nikolaus, daß er seinerseits kein Hindernis für die Annahme des Vorschlags Kaiser Wilhelms finde.

Hätte das Auswärtige Amt die kaiserliche Rede mit genügender Sorgfalt nachgeprüft, so hätte sicherlich dieser seltsame Widerspruch einen Ausgleich finden müssen.

Endlich dürfte auch die Verweigerung des Kaisers, daß der Krieg der in China Verbündeten als eine Fortsetzung der Gauger Friedenskonferenz zu betrachten sei, auf ein Mißverständnis des Stenographen beruhen.

Zur wirtschaftlichen Lage.

Aus den Börsen- und Handelsberichten der Blätter tritt sehr tagtäglich schärfer die allgemeine Unsicherheit der Lage und die fortschreitende Verschlechterung der Konjunktur hervor. Sehnsüchtig hatte die Börse auf die Nachricht von der Einnahme Pekings durch die Verbündeten gewartet. Sie sollte den Umschwung, die Rückkehr des verloren gegangenen Vertrauens bringen. Die Thatfache jedoch, daß auch nach der Befreiung der Gesandten die Börsen weiter niedriger notieren und die Verkaufslust vorherrschend bleibt, zeigt, daß die Ursachen der wirtschaftlichen Verschlechterung tiefer liegen, als die kapitalistische Presse zuzugeben wagt; der Ausbruch der chinesischen Wirren gab nur den äußeren plötzlichen Anstoß zu dem wirtschaftlichen Rückschlag, während der eigentliche Grund in der allgemeinen Marktlage zu suchen ist. Auf dem Geldmarkt ist die Unsicherheit so groß, daß das reiche England, um die Mittel zu einer südafrikanischen und ostasiatischen Kriegsführung aufzubringen, Schatzkassen von nur wenig Jahren Laufzeit ausgeben muß. Die Ankündigung einer neuen Reichsanleihe Deutschlands drückt sofort auf die älteren Staatspapiere und Rußland hat sogar bei den bekannten Geldschränken der Welt vergeblich um neue Mittel angeknüpft und mußte, um in Asien aktionsfähig zu bleiben, zu einer Erhöhung seiner Zölle Zusage nehmen. Der Kurssturz, mit dem die deutsche Börse die Ernennung des Grafen Waldersee sinnig begrüßt hat, zeigt die Beklemmungen der deutschen Kapitalisten. Deutschlands chinesischer Handel wird die weltpolitischen Vorbeeren mit einem Rückschlag um Jahre, vielleicht Jahrzehnte zu bezahlen haben. Dann aber sind auch die chinesischen Anleihepapiere gerade vom deutschen Markt mit Vorsicht aufgenommen worden. China bezahlt seine Anleihen mit den Einnahmen aus den Seezöllen seiner Vertragshäfen. Eine längere Handelsstörung durch den Krieg würde daher gerade die deutschen Geldbesitzer in starke Mitleidenschaft ziehen.

Auf dem Notamarkte entwickeln sich die Verhältnisse langsam zu einem allgemeinen Preissturz. Die Montanaktien gehen an der Börse stetig nach, trotz aller Beschwichtigungsversuchen der Unternehmerblätter. Das Streben der Syndikate, den Preis so lange als möglich zu halten, um in zwölfter Stunde noch so viel Profit einzufahren, als eben möglich ist, wird den Preissturz in seinen Folgen nur verschlimmern. Schon jetzt wird die Lage der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie in den eigenen Blättern des Bezirks ungünstig geschildert und von dem Siegerländer Bezirk meldet das Unternehmerblatt „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, daß eine Herabsetzung der Syndikatspreise in nicht mehr ferner Zeit eine dringende Notwendigkeit sei. Den Blech- und Walzwerken mangelt es an Aufträgen, so daß sie, um Betriebserschwerungen vorzubeugen, gezwungen waren, von den Abnehmern mit festen Verträgen, die regelmäßige Abnahme zu verlangen! Ferner haben sie Preiskonzessionen direkt angeboten, wenn die Händler die Abnahme des abgeschlossenen Quantums in nahe Aussicht stellen. Derartige Schiedungen zeigen nur, wie man mit künstlichen Mitteln die bereits weit fortgeschrittene Geschäftsflaute so lange als möglich zu verdecken sucht, und um Betriebserschwerungen heranzuführen will. Dem rheinisch-westfälischen Kohlsyndikat graut offenbar bereits vor dem Kommenden, und es sucht die Schuld an den Preistreibern, die der „Vorwärts“ kürzlich an leitender Stelle geschildert hat, von sich abzuwälzen. In der jüngsten Versammlung der Zechenbesitzer wollte der Syndikatsvorstand die Schuld an den Preistreibern den — außerhalb des Syndikats stehenden Zechen zutwälzen. Die armen Syndikatskapitalisten seien dann nur gezwungenermaßen mit den Preisen in die Höhe gegangen. Erst haben sie in der tollsten Weise Profit gemacht, nun, da die Herrlichkeit zusammenbricht, will niemand die Verantwortung tragen.

Auch die Textilindustrie hat bereits schwer zu leiden. Die Lage der Textil- und Nadelindustrie des Kadener Bezirks soll trübselig sein. Ueber 2000 Textilarbeiter sind brotlos und 1000 Webstühle stehen still. Auch über die Lage der sächsischen Textilwaren- und Hausindustrie erheben sich die Klagen. Im Glauchau-Meeraner Bezirk steht es besonders schlimm. In der Weberstadt Meerane stehen jetzt fast zwei Drittel der mechanischen Stühle leer. In einer Einwohnerversammlung wurde geflagt, daß die Weberfamilien fast nur noch von trockenen Kartoffeln leben.

Es ist sehr zu befürchten, daß sich eine böse Zeit vorbereitet. Neugierig sind wir nur, wie lange es noch der kapitalistischen Presse möglich sein wird, die Thatfachen der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung zu verdunkeln.

Deutsches Reich.

Die „Freisinnige Zeitung“ schließt sich jetzt jenseitiger Auffassung über die Lage in China an:

Nach dem Einrücken der verbündeten Truppen in Peking und nach den Umständen, unter welchen sich dasselbe vollzogen hat, erscheint die Sachlage in China völlig verändert. Alle vorausgegangenen großen Reden passen ganz und gar nicht mehr auf die gegenwärtigen Verhältnisse. Die noch auf dem Meere schwimmenden deutschen Truppen könnten mindestens zur Hälfte wieder umkehren. Völlig überflüssig ist die in Vorbereitung begriffene Nachsendung einer dritten Brigade. Wenn es nach allem Vorhergegangenen nicht gar zu komisch ausfiele, so würde der neue Oberbefehlshaber Graf Waldersee am richtigsten handeln, wenn er in Genoa sich nicht erst einschiffte, sondern nach Deutschland zurückkehrte.

Nicht als ob nun in China alles in Ordnung wäre, aber gerade vom militärischen Standpunkt aus haben sich die Verhältnisse von Grund aus verändert.

Nach weit komischer aber wird es sich machen, wenn Graf Waldersee auf dem „Kampfschiff“ antreffen wird.

Was bliebe ihm dort, im Frieden, zu thun übrig? Soll er, wie vordem mancher preussische Militär, die chinesische Krone reorganisieren?

Waldersee-Ressame. Nicht sehr geschmackvoll ist die Ressame, die Generalleutnant Graf Waldersee zur Zeit mit sich treiben läßt. Vorab hat der Graf bekanntlich die bisher in ihm nicht vermutete und für eine Kriegsflotte nicht gerade erforderliche Gabe des Redens bewiesen. Da er in der letzten Zeit zwischen Hannover, Kassel und Berlin mehrfach hin- und her zu reisen genötigt war, ging seine Ankunft und sein Abschied ohne eine Ansprache vorüber. Das ist nun zwar das Land so der Brauch, von dem am Ende auch Graf Waldersee sich nicht gut auszusprechen vermag.

Graf Waldersee steht aber auch mit den Interbellaren und Photographen auf gutem Fuße. In den Senationszeitungen und Zeitchriften finden sich zahllose Schilderungen, wie er sich räuspert und wie er spuckt. Ausführlich wird das Aussehen des Feldmarschallstabes beschrieben, den Waldersee vom Kaiser als Geschenk erhielt und den er selbst trägt. Ebenso wird die Flagge des Grafen in allen Einzelheiten geschildert. Schließlich sollen die Thaten des Grafen — vorläufig sehr friedliche Thaten — den Chinabesitzerten in voller Plastik übermitteln werden; es wird berichtet:

Vor seiner Abreise nach Kassel ließ sich Graf Waldersee in der Uniform der Königs-Blauen, in der einen Hand einen Stod mit silbernem Knopf, den er vom Kaiser erhalten hat, haltend, für den Kinetographen photographieren, während die Kaiserin den Wagen bestieg.

Auf diese Art wird für Erfolge des Chinakriegs gesorgt.

Pastoren-Agitatoren.

Wie bei uns die Bekämpfung der Socialdemokratie betrieben wird, zeigt das folgende an die Pastoren im Landkreise Königsberg gerichtete Circular, das ein glänzender Wind unsrem Königsberger Partei-Organ, der „Volks-Zeitung“, zuwehte.

Königsberg, den 10. August 1900.

Der „Ostpreussische Volksfreund“, welcher nach übereinstimmenden Mitteilungen aus andern Kreisen bei der ländlichen Bevölkerung gute Aufnahme findet und noch Möglichkeit der Berührung durch die socialdemokratischen Zeitungen und Flugblätter entgegentritt, ist in unrem Kreise bisher noch nicht in dem wünschenswerten Umfange verbreitet. Der unterzeichnete Ausschuss hat beschlossen, für das mit dem 1. Oktober d. J. beginnende Quartal eine umfassende Gratisverteilung des Blattes, dem im Laufe des Quartals durch die Expedition ein wertvoller, speziell für unsre ländlichen Verhältnisse geschaffener Kalender unentgeltlich beigegeben wird, vorzunehmen. Dazu erbitten wir die Mithilfe Euer Hochwürden. Wir hoffen, daß es Ihnen, wie das in andern Kreisen geschieht, wenigstens für das eine Quartal möglich sein wird, die Verteilung einer größeren Zahl von Exemplaren an geeignete Familien ihres Kirchspiels durch die Konfirmanden bewirken zu lassen. Sollte dies nicht angehen, so bitten wir um Bezeichnung einer oder mehrerer anderer Herren in Ihrem Kirchspiel, welche die Verteilung übernehmen würden.

Aus Kostensichtungen ist es erforderlich, daß mindestens 10 Exemplare an dieselbe Adresse abgehen.

Wünschenswerter wäre es aber, wie erwähnt, wenn Euer Hochwürden vorläufig selbst die Verteilung aller Exemplare in die Hand nehmen könnten. Im Laufe des Herbstes soll an der Hand der zu sammelnden Erfahrungen in einer einzuberufenden Versammlung über die spätere Organisation des Vertriebs Bescheid gefaßt werden. Insbesondere wird beabsichtigt, später nach Möglichkeit Personen aus dem Arbeiterstande zu gewinnen, welche den Vertrieb gegen Vergütung übernehmen. Bei der Geringfügigkeit der vorhandenen Geldmittel ist es erwünscht, wenn auch nicht erforderlich, daß wenigstens ein Teil der Bezücker der Zeitung zur Bezahlung von 20 Pf. für das Vierteljahres-Abonnement veranlaßt wird, welcher Betrag allein dem Werte des Kalenders entspricht, so daß die Zeitung immer noch kostenlos bleiben würde. Damit würde auch nach den gesammelten Erfahrungen erreicht werden, daß der Empfänger der Zeitung, für die er etwas bezahlt, mehr Interesse entgegenbringt. Soweit die Empfänger nicht zur Bezahlung zu veranlassen sind, wäre die Bezahlung eines Teils der Exemplare durch Beiträge anderer Kirchspielgemeinden erwünscht. Es können für das dortige Kirchspiel geliefert werden 50 Frei-Exemplare bis 100 Exemplare a 20 Pf. pro Quartal, wenn letztere zu mindestens je 50 an eine Adresse gesandt werden. Die Bezahlung hätte durch die Lehrer oder andere Kirchspielangehörigen zu erfolgen.

In den 50 Frei-Exemplaren sind die bisher an ... gelieferte ... Exemplare, welche, wenn nicht abweichende Anweisung erfolgt, weiter geliefert werden sollen, mit eingerechnet.

Auf anliegender Postkarte erbitten wir Euer Hochwürden gefällige Gegenüberkunft, welche behufs rechtzeitiger Bestellung spätestens am 1. September er. eingehen muß.

Die eingegangenen Beiträge der Lehrer und Unterlehrer bitten wir in einer Summe bis zum 15. November durch Postanweisung an Herrn Kreissekretär Grieh, hier, Königsstraße 56, einleiden zu wollen. Eine namentliche Bezeichnung der Einzahler ist dabei nicht erforderlich, da wir den Herrn, welche die Sache unterstützen, jede entbehrliche Mehrarbeit ersparen möchten.

Der Ausschuss zur Verbreitung des „Preussischen Volksfreunds“ im Landkreise Königsberg.

v. Watodi-Weidau, Pfarrer, Schriftführer.

Der unterzeichnete Herr v. Watodi-Weidau ist der Verweser des Landratsamtes im Landkreise Königsberg. Der Herr ist für die Befreiung des Landratspostens in Aussicht genommen. Die Verbreitung konservativer Agitationschriften — eine solche ist der „Volksfreund“, wie gerichtlich festgestellt wurde — scheint dauernd zu den amtlichen Obliegenheiten der Beamten der Landratsämter zu gehören. Das vorliegende Circular ist vom Landratsamt an die Pastoren versandt worden, und die Beiträge für den „Volksfreund“ sollen dem Kreissekretär Grieh ins Landratsamt geschickt werden.

Die Rehabilitierung der Kanakrebelln, die am 10. August 1899 gemahregelt und noch nicht wieder in Gnaden aufgenommen wurden, verlangt anlässlich der Jahrgang dieses Altes des Juntertrages die lanalgnerische Presse. Zwar ist belamlich eine ganze Anzahl der damals gemahregelten Regierungsbeamten inzwischen die Treppe hinaufgefallen, doch barren nach der gewissenhaften Durchführung der Kanakrebelln noch immer zwei Regierungsräte und zehn Landräte der — Beförderung. Die Regierung wird sich für die Mahnung nicht unempfindlich zeigen. Vernünftiger wäre es freilich gewesen, sie hätte sich die Namage ganz erspart.

Ein Waldersee und der Tierschutz. Ein Freund unres Blattes sendet uns ein an die Herren Tierschutz und Lehrer versendetes Circular des Berliner Tierschutzvereins, unter dessen unterzeichneten Vorstand mitgliedern wir auch den Namen „Graf Waldersee, Generalleutnant, Hannover“ entdecken. In dem Circular, das auch ein vermutlich näher Verwandter des Oberkommandierenden des chinesischen Nachschlags als Vorstandsmitglied mit seinem Namen deckt, befinden sich folgende Stellen:

Es muß das Gewissen der Menschen geweckt und ihnen durch verständige Belehrung zum Bewußtsein gebracht werden, wie schändlich und unwürdig es ist, wenn der vernunftbegabte Mensch seine gisige Ueberlegenheit dazu benutz, die unter ihm stehenden hilflosen Geschöpfe zu quälen.

Nichts ist von so nachhaltig unheilvoller Wirkung für das menschliche Gemüt als die Gewöhnung an Grausamkeit. Geute werden aber Millionen Kinder im Gemüt verhärtet durch das grausame Schlachten der Tiere, wobei die Kleinen zusehen, häufig sogar Handreichung leisten, und durch die vielen andern massenhaft verübten Tierquälereien; so beim Vogelsang mittels Schlingen, beim Fischfang mittels Legangeln,

bei der Gewinnung der Froschschenkel, bei der unbarmherzigen Ausnutzung alter Pferde usw.

Da die ersten Eindrücke im Leben die dauernden fürs Leben sind, so sehen auch viele Erwachsene, selbst Gebildete, kein Unrecht in diesen massenhaft begangenen Grausamkeiten.

Es ist keine Frage, daß ein gutes Zusammenleben der Menschen nicht möglich ist, Wohlwollen, Mitleid, gegenseitige Hilfeleistung nicht erwartet werden können, wenn die Herzen der Menschen schon von Kindheit an verhärtet werden durch unbarmherzige Behandlung der Tiere. Auch Sittlichkeit und Gottesfurcht können keinen Boden finden in einem verhärteten, grausamen Herzen, wie uns die mit der Gemütsverwilderung gleichen Schritt haltende Sittenlosigkeit täglich vor Augen führt.

Es wäre gut, wenn der Generalleutnant Graf Waldersee seinem hohen Amte und dem dices Bündel dieser Circulars oder ähnlicher Verordnungen zur Lektüre für die Truppen mit auf die Reise gäbe. Denn: „Nichts ist von so nachhaltig unheilvoller Wirkung für das menschliche Gemüt, als die Gewöhnung an Grausamkeit.“

Die Vereinfachung des Jesuitengesetzes wird von der „Germania“ wieder einmal mit Nachdruck gefordert. Die Centrumsfraktion sei es ihrer Ehre schuldig, zugleich nach Eröffnung des Reichstags den schon so oft angenommenen Antrag auf Abschaffung des Jesuitengesetzes zu wiederholen. Wozu gerade jetzt? Das Centrum sollte froh sein, dieses Schandobjekt noch immer auf Lager zu haben, um bei einem gelegentlichen neuen Unfall und Volksverrat seinen Anhängern etwas wie eine Gegenleistung vorzeigen zu können. Uebrigens hätte das Centrum ja auch bei der Flottenvorlage statt der Alternative „ohne lax Heize keine Flotte“, die „ohne Aushebung des Jesuitengesetzes keine Flotte“ stellen können. Wären dann Bundesrat und Centrum gleich unmagig geblieben, so hätte wenigstens das Volk einen Vorteil gehabt.

100 000 M. sind als „Liebesgabe“ aus der Kasse des Kohlenindustrials zur Unterstützung der Chinatruppen geflossen. Es sind einige Tropfen der Goldquelle, welche durch die „Preisfestsetzungen“ beim Kohlenhandel erschlossen worden ist. Es geht doch nichts über den Patriotismus unsrer Kohlenbarone, die in „Preisstreitereien“ und „Kohlenkartellschleichen“, wie in Herbeiziehung fremder Arbeitskräfte ihre Stärke ja schon manymal gezeigt haben.

Bankrott. Man schreibt uns: In Essen traten am 18. August die sehr deutlichen Anzeichen eines finanziellen Krachs ein, wie ihn unsere gegenwärtigen zerfahrenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zeitigen müssen. Der Zahlungseinstellung der Essener Industriebank ist auch die Zahlungseinstellung des Bankhauses Widdendorf und Compagnie gefolgt, die per Circular vom 18. August ihre Gläubiger um Zahlungsaufschub gebeten hat. Diese Mitteilung hat natürlich unter den Essener Geschäftskreisen und Handwerksmeistern große Bestürzung hervorgerufen. Besonders einige Firmen der Baubranche sollen zunächst betroffen werden, die sich durch ihren Widerstand gegen die Forderungen der Maurergesellen schon genug geschädigt haben. Auch in Bochum ist die Firma Widdendorf u. Co. sehr bekannt. Sie besitzt einen Teil der Aktien der Bochumer Coals- und Kohlenwerke, die erst kürzlich mehrere Tausen in hiesigen Kreise angekauft hat. Beteiligt waren weiter sein die Disconto-Gesellschaft, der Schaafhauserische Bankverein in Berlin, die Rationalbank, die Dresdener Bank, die Berliner Handelsgesellschaft und der Essener Bankverein. Die Aktiva betragen noch 4 600 000 M., von der Höhe der Passiva verläutet noch nichts.

Pensioniert wurden in der deutschen Armee vom 1. Juli bis 15. August, 2 Generalleutenants, 6 Generalmajore, 4 Oberste, 5 Oberstleutenants, 18 Majore, 22 Hauptleute, 8 Oberleutenants, 9 Leutenants. In Summe 63 Offiziere. Kosten pro Jahr 221 000 M.

Ausland.

Schweiz.

Zu der Gemeinde-Abstimmung erzielte der von den Socialdemokraten und Demokraten aufgestellte Gegenentwurf zu einem neuen Gesetze über die Organisation der Verwaltung der Stadt Zürich rund 6200 Stimmen, dertelbe muß also, da nur 6000 Stimmen erforderlich sind, dem Kantonsrat als Gemeindefinitive eingereicht werden.

Serbien.

Belgrad, 10. August. Zahlreiche Personalveränderungen im Offizierscorps werden in einem königlichen Was angeordnet. Die vom Erzherzog Milan begründeten Obersten Protic, Georgiewic und Subotic wurden realisiert. Am Geburtstage der Erzherzogin Natalie, am 27. September, sollen die im Hochoberatsprozess Verurteilten, die noch nicht begnadigt wurden, begnadigt werden. Darunter befindet sich der Oberst Nolicic.

Afrika.

Vom Boerenkrieg. Die Londoner Blätter veröffentlichen ein Telegramm, wonach De Wet 4000 Engländer gefangen genommen und 7 Gefangene erbeutet habe und Middelburg von Lord Roberts geräumt worden sei.

Die Meldung, die über Lourenco Marques kommt, klingt recht unwahrscheinlich, da es, von den sonstigen Berichten abgesehen, De Wet kaum möglich sein dürfte, mit seinen abgehetzten paar tausend Mann einen derartigen Schlag zu führen. Möglicherweise aber liegt der Meldung eine geringfügige Schlappe zu Grunde, die vielleicht General Botha den Engländern beigebracht hat. Zwei Telegramme aus Pretoria vom 18. und 19. August melden über die letzten Bewegungen De Wets:

Gestern erschien De Wet von Norden her bei Commando Rel, das von Baden-Powell gehalten wird, und forderte diesen auf, sich zu ergeben. Baden-Powell fragte, welche Bedingungen De Wet ihm stellen wolle.

Durch den Vorwand, die Uebergabe Baden-Powells in Commando Rel zu verlangen, erhielt De Wet Kenntnis davon, daß die britische Garnison daselbst sehr stark sei, und nahm darauf hin, von Baden-Powell verfolgt, seinen Marsch nach Norden wieder auf. — Nachdem die Boeren bei Malmari von General Carrington geschlagen waren, zogen sie sich auf Buffelskloof zurück und besetzten dort eine starke Stellung; sie wurden jedoch von Oberst Errol verfolgt und aus der Stellung vertrieben.

Von einem Zusammenstoß zwischen einer englischen Patrouille und einem kleinen Boerenkommando liegt folgendes Telegramm vor: London, 19. August. General Clyn telegraphiert aus Greylingstad von gestern: Etwa 20 Dragoner überfielen bei Doornkop am 14. d. M. 80 Boeren. Der Rittmeister wurde leicht verwundet, ein Dragoner wird vermisst. Die Verluste der Boeren sollen bedeutend sein.

Durch maßlosen Terrorismus scheint nunmehr Lord Roberts die Erfolge erzwungen zu wollen, die ihm als Heceresführer in der letzten Zeit verlagert geblieben sind. Nach einer Reutermeldung hat der Oberstkommandierende folgende Proclamation erlassen:

Alle Personen, welche ihren Eid, neutral zu bleiben, brechen, machen sich der Todesstrafe oder einer Freiheits- oder Geldstrafe schuldig. Alle Bürger, die innerhalb der britischen Occupation wohnen, die den Neutralitätsbeid nicht geleistet haben, werden als Kriegsgefangene betrachtet und fortgeschafft. Alle Häuser und sonstigen Gebäude derjenigen Farmen, die Feinde beherbergen, sollen dem Erdboden gleichgemacht und den Besitzern dieser Farmen Geldbußen auferlegt werden. Die Bestimmungen dieser Proclamation werden rückwärtslos durchgeführt werden.

Viele Mahregeln, die deutlich beweisen, daß Lord Roberts mit seinen Operationen auf dem toten Punkt angekommen ist, sind nicht nur äußerst brutal, sondern widersprechen zum Teil direkt dem Völkerrecht.

Die Komplottaffaire gegen Lord Roberts wird von vielen Londoner Blättern als eine Komödie behandelt.

Amerika.

Die Polizei als Begünstiger der Regiererei. Aus New York wird gemeldet:

Das Ergebnis der Untersuchung über den jüngsten Mordfall zwischen Weihen und Regern hat den Beweis erbracht, daß die Polizei selbst die Kravalle begünstigt hat, um einen der Thäter, der von den Regern ermordet worden war, zu rächen. Ueber hundert Personen sind bereit, diesbezügliche Aussagen zu machen.

Attentatsmärchen. Aus New York war nicht nur die Verhaftung von 14 Anarchisten, die von Europa gekommen waren, um MacKinley zu ermorden, gemeldet worden, sondern die Reporterphantasie hatte auch bereits eine ganze Verhörgeschichte erfunden, die sich die deutsche Sensationspresse ausführlich fabeln ließ. Danach hätte in New York eine Anarchistenversammlung in aller Form die Ermordung MacKinleys beschlossen und elf Italiener und drei Deutsche mit der Ausführung des Attentats betraut. Die ganze alberne Mordgeschichte war natürlich völlig aus den Fingern gezogen. Der Chef des New Yorker Geheimdienstes hat denn auch bereits die Sensationsmeldung als völlig unbegründet bezeichnet.

Partei-Nachrichten.

Eine Majestätsbeleidigung soll die Magdeburger Volkstimme wieder einmal begangen haben durch Abdruck mehrerer Witze aus dem „Sächsischen Postillon“. Genosse Haupt hatte diese Witze am Sonnabend eine Vernehmung vor dem Amtsgericht. Die Magdeburger teilten dieses Schicksal mit unserem Erfurter Partei-Organ, dessen Redacteur in derselben Sache ebenfalls eine Vernehmung zu bestehen hatte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Beleidigung eines Nachwächters wurde Genosse Thiele vom Volksblatt in Halle durch das dortige Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Potsdam-Dönhavelland

fand am Sonntag im Bescheiden Lokal in Spandau statt. Vertreten waren 12 Orte mit zusammen 18 Delegierten; ferner war die Agitationskommission durch 3 Mitglieder und die Presse durch 2 Genossen vertreten. Ueber den Punkt „Agitation und Organisation“ entstand eine recht rege Debatte.

Staab-Potsdam regt die Schaffung einer geschlossenen Organisation über den ganzen Wahlkreis und die Beilegung des Vertrauensmännchensystems an. Hierin wird er von einigen Rednern unterstützt, andre aber sprechen sich in Rücksichtnahme auf die verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen, besonders den ländlichen Orten des Kreises dagegen aus.

Pieper-Spandau weist an der Hand von Zahlenmaterial nach, daß die Spandauer Parteigenossen bei der geschlossenen Organisation, welche sie nach dem Fall des 8. des Vereinsgesetzes geschlossen haben, ganz gut gefahren seien. Schließlich wird eine Resolution für einen Spandauer Parteitag angenommen, nach welcher es den Parteigenossen in den einzelnen Orten überlassen bleibt, je nach den besonderen Umständen eine feste und eine lose oder nur eine geschlossene Organisation zu schaffen.

Eine mehrstündige Debatte ruft hierauf der Punkt „Presse“ hervor.

Staab-Potsdam erhebt gegen die Spandauer Parteigenossen deshalb Vorwürfe, weil diese sich ein lokales Wochenblatt, „Die Laterne“, gegründet haben, ohne vorher die Zustimmung der zuständigen Partei-Instanzen eingeholt zu haben; solche Zeitungsgründungen haben der Partei schon oft zum Schaden gereicht. Hierin wird Redner von Förster-Potsdam und Hoffmann-Weß, sowie den Vertretern der Agitationskommission und dem Vertreter der „Vrondenburg Zeitung“ unterstützt.

Rieger, Pieper, Schröder-Spandau begründen die Notwendigkeit der Gründung mit den ganz eigenartigen Verhältnissen am Ort, welche auch eine gründlichere Agitation erfordern. Dies könne aber nur dann möglich sein, wenn die lokalen Verhältnisse auf kommunalem Gebiet mehr in Betracht gezogen werden. Die „Vrondenburg Zeitung“ sei unter den heutigen Verhältnissen nicht imstande, die Bedürfnisse der Spandauer Parteigenossen nicht nur, sondern auch der Genossen anderer Orte ihres sehr ausgedehnten Verbreitungsbezirks, hinsichtlich agitatorischer Arbeit, zu befriedigen. Der Vorwärts könne den lokalen Verhältnissen der Nachbarorte Berlin ebenso nur sehr wenig Raum schenken. Die „Laterne“ habe sehr belebend auf die Bewegung eingewirkt, die Abonnentenzahl ständig fortwährend und das Blatt prosperiere jetzt auch.

Wetters-Veltener Genossen halten die Nichterhaltung des Instanzenweges auch nicht für gerechtfertigt, wollen aber im übrigen das Vorgehen der Spandauer gutheißen.

Von Schröder wurde hierauf eine Resolution eingebracht: „Die Kreis-Konferenz hat gegen das Besehen der Laterne“ nichts einzuwenden, so lange nicht Mittel der Partei für dieselbe beansprucht werden. Diese Resolution wurde zuerst mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen, auf Antrag Förster-Potsdam wird jedoch noch einmal mündlich abgestimmt, und in dieser Abstimmung eine Resolution Staab-Potsdam: „Die Kreis-Konferenz erkennt die „Laterne“ nicht als Parteiblatt an und übernimmt keine Verpflichtungen“ mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen.

Der Kasselerichter des bisherigen Kreisvertrauensmanns, Genossen Schröder, weist eine Einnahme von 89,78 M., eine Ausgabe von 810,78 und einen verbleibenden Bestand von 88,99 M. auf; hierzu wird die Decharge erteilt. Hiernach wurden Rieger-Spandau, Kiesel-Potsdam und Hoffmann-Weß als Delegierte für die Provinzial-Konferenz, und Pieper-Spandau als Delegierter für den Parteitag gewählt. Mit dem Amt des Kreisvertrauensmanns wurde Genosse Aug. Paris-Veltener einstimmig betraut.

Genosse Schröder, der aus dem Wahlkreise verzogen ist und daher den Posten als Kreisvertrauensmann nicht weiterführen konnte, sprach den Verammelten seinen Dank für das jahrelange ihm entgegengebrachte Vertrauen aus. Mit einem Hoch wurde die Konferenz geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Eine Konferenz von Comptoir- und Lagerangestellten in Konsumvereinen, die sich mit der wirtschaftlichen Lage und der Organisierung dieser Arbeiterkategorie beschäftigte, tagte am Sonntag in Halle. Es waren aus 8 Orten 19 Delegierte anwesend, sowie ein Vertreter des Centralverbandes der Handlungsgehilfen. Eine Erhebung über die Verhältnisse der Angestellten, die von einer Leipziger Kommission, der Veranstaalterin der Konferenz, vorgenommen wurden, hat, wie der Referent zu diesem Punkt mittelst, nur bescheidene Resultate gezeitigt, da ihr nur wenig Adressen zur Verfügung standen. Das Durchschnittsgehalt der 93 an der Erhebung beteiligten Kollegen beträgt 1868 M. bei durchschnittlich vierjähriger Thätigkeit in den bisherigen Stellungen.

Zur Organisationsfrage wurde eine Resolution beschlossen, die den Angestellten empfiehlt, sich dem Centralverband der Handlungsgehilfen anzuschließen. Außerdem wurde eine Agitationskommission eingesetzt, die regelmäßige Erhebungen anstellen und nach Bedarf Konferenzen einzuberufen hat. Die Kommission besteht aus Buch, Gehhaar und Höpfer, sämtlich in Leipzig.

Der Vorstand des Centralverbandes der Handlungsgehilfen erfüllt den Auftrag, den Verammelten in Form einer Resolution folgende Forderungen zu unterbreiten:

Den Konsumvereinen wird empfohlen, eine Regelung der Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der Comptoir- und Lagerangestellten vorzunehmen und dabei die nachstehenden Minimalforderungen zu berücksichtigen und bis 1. Januar 1901 zur Durchführung zu bringen.

1. Gehalt. Das Anfangsgehalt beträgt in Klasse A monatlich 110 M. und steigt durch regelmäßige jährliche Aufbesserungen innerhalb 5 Jahren auf 150 M., nach 10jähriger Thätigkeit auf 175 M.; in Klasse B monatlich 90 M., steigend in derselben Weise wie in Klasse A auf 125 bzw. 150 M. In Klasse A gehören Vereine, die ihren Betrieb in Städten von mehr als 100 000 Einwohnern oder in direkten Anschluß an diese haben, zu Klasse B alle Vereine in Städten unter 100 000 Einwohnern. Jugendliche Angestellte unter 21 Jahren können entsprechend niedriger eingestellt werden, jedoch nicht unter 75 M. pro Monat. Die Gehaltszahlung hat wöchentlich zu erfolgen.

2. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit für die Comptoirangestellten beträgt 8 Stunden, desgleichen ist der Betrieb im Lager so einzurichten, daß die Arbeitszeit der Lagerangestellten nie in Ausnahmefällen 8 Stunden übersteigt. Sonntagsarbeit, wo solche notwendig, wird besonders vergütet.

3. Ferien. Den Comptoir- und Lagerangestellten ist jährlich eine Ferienzeit von vierzehn Tagen unter Fortzahlung des Gehalts zu gewähren.

Der Kampf gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter geht in Sachsen lustig weiter. So ist neuerdings die Zahlstelle des deutschen Tabakarbeiterverbandes in Nachhau von der unteren Polizeibehörde als ein Verein erklärt worden, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt und deshalb Minderjährige nicht aufnehmen darf.

Die Errichtung eines Gewerbegerichts wurde von der Gemeindeförderung der Stadt Altenburg (Sachsen-Altenburg) beschlossen.

Zur Lage der Gewerkschaftsbeamten. Der „Tabakarbeiter“ sagt am Schluß eines Artikels über die letzte Generalversammlung des Tabakarbeiterverbandes:

„Zum Schluß möchte noch an unsere Beamten erinnern. Da ist unter alter Vorsicht, Junge; ein Menschenalter steht er im Dienst der Arbeiter. Als mühte ich eine bittere Bille verfaßten, so kommt es mir vor, wenn ich lese, daß er monatlich 15 M. Vergütung erhält. Was soll werden, wenn er noch älter wird und nichts mehr verdienen kann, die Aktien, die er als Vorsichtener machen muß, nicht mehr durchsetzen kann?“

Zur Ausperrung der Werftarbeiter. Auf der Werft von H. Brandenburg stellen am Sonnabend 44 Schiffbauer und Schlosser die Arbeit ein, weil sie Streikbrocherdienste verrichten sollten. Desgleichen stellten bei Janssen u. Schmilinski 67 Werftarbeiter verschiedener Branchen die Arbeit ein, weil man den Leuten zumutete, sie sollten Arbeiten anfertigen, die von Ausgesperrten liegen gelassen sind. Auf der Reiterstieg-Schiffswerk und Maschinenfabrik sind zwanzig Schiffszimmerer wegen Mangels an Arbeit entlassen. — Der Dampfer „Potsdam“, welcher von Blohm u. Voß nach England gebracht werden sollte, um dort fertig gestellt zu werden, bleibt jetzt in Hamburg. Die holländische Reederei hat der Werft vier Wochen Frist zur Fertigstellung gegeben. Dafür hat sie jedoch einen andern Dampfer gechartert, der für den „Potsdam“ eingestellt ist. Die Charterung muß die Firma Blohm u. Voß bezahlen.

Eine Versammlung der Schiffszimmerer beschloß folgendes:

„Auf Werften, wo geregelte Verhältnisse herrschen, wo also von den Metallarbeitern keine andre Arbeit als die von ihnen gewöhnlich verrichtete verlangt wurde, wird jede den Schiffszimmerern zukommende Arbeit auch nach Feierabend verrichtet. Dort wo diese Verhältnisse nicht bestehen, ist jede sonst von den Anstehenden verrichtete Arbeit, sowie Nacharbeiterarbeit zu verweigern.“

Die Ausgesperrten verhandeln am Sonnabend über die Ablehnung des Vermittlungsangebotes des Gewerbegerichts-vorsitzenden seitens der Unternehmer. Sie nahmen eine Resolution an, worin die Versammlung erklärt, daß das ablehnende Verhalten des Arbeitgeber-Verbands resp. des Herrn Blohm ihr in keiner Weise überraschend gekommen sei, sondern der Arbeitgeber-Verband auf neue keine Gemeingefährlichkeit durch diese Ablehnung imbezogen hat. Im ferneren stehen die Ausgesperrten nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Ausperrung die reine Willkür des Arbeitgeber-Verbands ist und somit die Behauptung des Herrn H. C. Stülcken sohn im „Arbeiterblatt“, es handle sich um einen Streik, den übrigen Behauptungen des Arbeitgeber-Verbands gleichzustellen ist.

Im „Hamburgischen Korrespondenten“ veröffentlicht die Unternehmer eine Rechtfertigung, die von dem Blatt mit folgendem paragrafenmäßigem Satz eingeleitet wird:

„In der Voraussicht, daß die Ablehnung der Vermittlung des Gewerbegerichts durch die Arbeitgeber geeignet sein könnte, den Arbeitern die Sympathien des Publikums zuzuwenden, sendet uns die Werft der Herren Blohm u. Voß folgende Darlegung der ganzen Sachlage, die zur Aufklärung beitragen werde.“

Aus dieser Rechtfertigung, die von den bekannten Lügen froht, geht hervor, daß die Unternehmer diesen Kampf lediglich als Machfrage behandeln. Es heißt wörtlich darin: „Es ist eine Machfrage, die durch einen Schiedsspruch nicht erledigt werden kann.“

Zum Schluß heißt es: „Würden die Arbeitgeber jetzt unterliegen und würde die Socialdemokratie, wie sie dieses beabsichtigt, die Arbeitszeit und Arbeitsweise einseitig feststellen können, so würde sie auch in nicht langer Zeit die Qualität der Arbeit, mit der sich der Arbeitgeber zufrieden zu geben hätte, vorschreiben, und es würde so eine fernere Entwicklung der Industrie Hamburgs ausgeschlossen sein.“

Der hamburgische Industriekongress, noch mehr aber der seemännischen Bevölkerung würde es gewiß sehr zum Segen gereichen, wenn die Arbeiter die Qualität der Schiffarbeit zu bestimmen hätten; dann würden sicher keine Sargschiffe aufs hohe Meer hinausgehen.

Ausland.

Zum Streik der Pariser Droschkentreiber meldet die „Frankfurter Zeitung“:

Die 800 Kutscher des Unternehmers Camille haben heute die Arbeit aufgenommen. Die bisher unterjöklich aufgetretene Compagnie Generals läßt bei ihren Kutschern Listen erkundigen, worin sich die Arbeitswilligen einzeln eintragen sollen. Die Maßregel hat jedoch wenig Erfolg.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber die Heranziehung der Frauen zur Mitarbeit an der öffentlichen Armenpflege bringen die amtlichen Nachrichten der Charlottenburger Armenverwaltung recht bemerkenswerte Ausführungen. Während die Heranziehung der Frauen zu Mitarbeit in der öffentlichen Armenpflege früher nicht selten aus dem Widerspruch gerade derer stieß, denen sie unterstützend zur Seite treten sollte, scheint sich neuerdings auf Grund der Erfahrungen in der Praxis auch in den Kreisen der Ehrenbeamtinnen mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn zu brechen, daß die Frauenarbeit auch in der öffentlichen Armenpflege als eine nicht nur wünschenswerte, sondern fast als notwendig empfundene Ergänzung der Thätigkeit der Männer anerkannt werden muß. Unter den Leitern aller größeren Armenverwaltungen hat darüber schon lange kein Zweifel bestanden. Die Veranlassung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit hat schon im Jahre 1866 auf Grund eingehender Verhandlungen die Heranziehung der Frauen zur öffentlichen Armenpflege als eine dringende Notwendigkeit bezeichnet. Wenn trotzdem die Einordnung der Frauen in die öffentliche Armenpflege bisher immerhin nur in wenigen Städten erfolgt ist, so wird man dem Grund für viele Orte darin sehen dürfen, daß es im Interesse der gedeihlichen Arbeit nicht angezeigt erschien, den männlichen Ehrenbeamtinnen im Wege der Verfügung Helferinnen aufzuzwingen, die sie als überflüssige Einbringlinge, deren Einziehung sie als eine Art Mißtrauenserklärung gegen ihre eigene Thätigkeit betrachten zu sollen meinten.“

In neuerer Zeit mehren sich erfreulicherweise die Hinweise dafür, daß dieser Dunkel der Männer im Schwunden begriffen ist. Aus verschiedenen Städten liegen Nachrichten vor, denen zufolge die Zuziehung der Frauen zur Armenpflege immer mehr als ein unabweisbares Bedürfnis empfunden wird. In Danzig ist bei der Beratung der neuen Armenordnung auch aus dem Kreise der Armenkommissions-Vorsitzer die Mitarbeit der Frauen als erwünscht bezeichnet worden. In Berlin war von den Vorsitzern der Armenkommissionen noch vor gar nicht langer Zeit der beständige Widerstand dagegen erhoben worden; auch in Charlottenburg wurden dieselben Gründe wie in Berlin vorgebracht, die Vorsitzenden der Kommissionen haben einstimmig Widerspruch gegen die Zuziehung der Frauen erhoben, weshalb man von einer Teilnahme derselben vorläufig abließ.

In Berlin haben sich die Ansichten inzwischen geändert; die den städtischen Behörden von der Armenverwaltung vorgelegten Vorschläge zur Neuordnung der Armenpflege haben die Zulassung der Frauen als Armenpflegerinnen mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die Männer vor. In Dresden dürfen Frauen auf Antrag eines Pflegevereins dem betreffenden Verein als Gehilfinnen zugeteilt werden. In Dortmund sind seit dem 1. Januar 1899 neben den Pflegerinnen Damen der verschiedensten Stände amtlich als Armenpflegerinnen zugelassen. In Wiesbaden ist den Frauen in erster Reihe die Aufsichtsbürokratie über die dort von der Armenverwaltung gestellten Hauspflegerinnen übertragen. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 98/99 sagt über ihre Thätigkeit: „Die Damen haben mit regem Eifer und großer Gewissenhaftigkeit ihr Amt geführt, so daß es uns als angenehme Pflicht erscheint, ihnen an dieser Stelle den Dank der Verwaltung auszusprechen.“ In Bremen hatte der Senat beantragt, dem Armenvorstand und den Armenbesten Frauen mit beratender Stimme zuzuordnen, die Bürger-schaft ist aber darüber hinausgegangen und hat den Frauen volles Stimmrecht eingeräumt.

Ueberall wo die Frauen in der Armenpflege thätig sind, wird die Nützlichkeit ihrer Arbeit allgemein anerkannt. Öffentlich werden die bisher gemachten Erfahrungen dazu beitragen, daß mit dem alten Vorurteil gebrochen und den Frauen endlich dies Feld für ihre Thätigkeit völlig geöffnet wird.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung“, das Blatt unserer österreichischen Genossinnen, ist konfisciert worden wegen zweier „Verbrechen“. In einem Fall soll sie das Verbrechen der Religionsstörung, begangen durch Kritiken, in denen sie über Sittlichkeitsverbrechen von Geistlichen berichtet, und im zweiten Fall soll sie die Ehrfurcht vor dem Kaiser verletzt haben durch eine Definition des wahren und falschen Patriotismus.

Sociales.

Küchler-Ladenschluß. Die Händler der Manufakturwaren-Branche in Halle beschlossen in einer Versammlung, in der die Mehrzahl der Halleischen Ladeninhaber dieser Branche anwesend war, vom 1. Oktober ab ihre Läden mit Ausnahme des Sonnabends um 8 Uhr zu schließen. Sonnabends wollen sie um 9 Uhr schließen.

Versammlungen.

Die Steinseher Berlin und Umgegend hatten am Sonntag-nachmittag im Gewerkschaftshaus eine für sie sehr wichtige Versammlung. Zunächst handelte es sich um die tarifmäßige Festlegung der täglichen Arbeitsleistung. Der Gesellenauschuss für Berlin und der Gesellenauschuss für Stettin und Umgegend unterbreiteten gemeinsam der Versammlung einen entsprechenden Tarifentwurf. Nach einer Diskussion wurde beschlossen, bei der Zustimmung wegen Anerkennung des folgenden Arbeitstarifs vorläufig zu werden:

Die Arbeitsleistung pro Geselle und Tag soll bei achtstündiger Arbeitszeit, vorandeseht, daß die Pflehtarbeiten glatt von starten geben können, im Ruzim um betragen:

- 1. Poligonale Koppflechte 28 Quadratmeter. 2. Rethenpflaster: Märlische Quadratklaue 15 Quadratmeter; a) Brämlen 15 Quadratmeter; b) Märl 18 Quadratmeter. 3. Rindsteln, mittel 16 Quadratmeter. 4. Kleinpflaster auf Beton 11 Quadratmeter. 5. Pflast, gewöhnlich 8 Quadratmeter.

Alle nicht im Tarif aufgeführten Arbeiten bleiben der freien Vereinbarung mit den Meistern überlassen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Schaffung eines Arbeitsnachweises zur Regelung der Nachtarbeit, beziehungsweise behufs Einföhrung eines ordnungsmäßigen Schichtwechsels, sprechen Kropas, Knoll und andre in zustimmendem Sinne. Besonders Kropas und Knoll bezeichneten es als den Hauptzweck des erstrebten Nachweises, dem Mißbrauch zu steuern, den manche Kollegen mit ihrer Arbeitskraft trieben, indem sie Tag und Nacht arbeiteten, während andre gar keine Arbeit hätten. Als praktisch befürwortete Knoll eine paritätische Verwaltung. Der Arbeitsnachweis müsse die Nachtarbeit derart vermitteln, daß vor allem die Arbeitslosen bedacht würden. Die Zustimmung des Nachweises eventuell benutzen. Die Versammlung stimmte der Einrichtung einer Special der Regelung der Nachtarbeit gewidmeten Arbeitsvermittlung mit paritätischer Verwaltung zu. — Die Durchführung dieses Beschlusses, wie auch des Beschlusses über den Arbeitstarif kann, gemeinsam mit der des endlich beschlossenen Lohn-tarifs, erst zum 1. Januar 1901 erstrbt werden. Bis dahin gelten die vor dem Einigungsamt seiner Zeit vereinbarten Bedingungen.

Ueber die Leipziger Ausperrung referierte Knoll. Er führte aus, daß der bereits 7 Wochen dauernde Kampf den Charakter eines Klassenkampfes angenommen habe. Der Berliner Obermeister und Vorsitzende des Innungsverbandes, Herr Aufbrodt, habe der Leipziger Innung einen Vergleich angethan, ohne dafür Verständnis zu finden. Die Innung in Leipzig wolle die Kollegen durchaus niederzwingen, und drohe mit dem Austritt aus dem Verbande für den Fall, daß dieser sie nicht unterstüge. Indessen sei ihr Widerstand schon gelodert, sie habe doch schon indirekt einige Konzessionen gemacht, und es liege in der Macht der Berliner Kollegen, die Leipziger Steinseher auch durch die Thät zu unterstützen. Redner empfiehlt folgende Resolution:

„Die am 19. August 1900 im Berliner „Gewerkschaftshaus“ tagende Versammlung der Steinseher Berlin und Umgegend beauftragt die Gesellenauschüsse für Berlin und Stettin und Umgegend, den Steinseher-Innungen in genannten Orten (dem Vorsitzenden der Berliner Innung zugleich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Innungsverbandes) anheim zu stellen:

ihren Einfluß bei der Leipziger Steinseherinnung dahin geltend zu machen, daß diese sich mit den ausgesperrten und ausständigen Steinsehern einigt.

Es bis Sonnabend, den 25. August, in Leipzig eine Einigung nicht zu Stande gekommen, so sind für die Dauer des Leipziger Kampfes in Berlin und Umgegend jedwede Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeiten strikte zu verweigern. Ausgenommen davon bleiben nur diejenigen Firmen, die bisher dem Verlangen, Leipziger Steinseher zu entlassen, bzw. solche nicht einzustellen, nicht Folge gegeben haben, oder die dem Central-Arbeitsnachweis der Steinseher die schriftliche Erklärung abgeben, daß sie gewillt sind, Leipziger Steinseher einzustellen.

Die eventuelle Nichtbeachtung des vorstehenden Beschlusses seitens einzelner Kollegen würde als Streikbruch angesehen werden.

Ueber den Erfolg ihrer Bemühungen haben die Gesellenauschüsse in einer am Mittwoch, den 20. August, bei Rümann, Brunnens-trasse 188, stattfindenden Versammlung Bericht zu erstatten. In derselben ist gleichzeitig über die eventuellen weiteren Maßnahmen Beschlüsse gefaßt.

Nach kurzer Debatte wurde die Resolution einstimmig angenommen. — Knoll teilte mit, daß die Kammer sich die Resolution in einer Versammlung am Vormittag ebenfalls zu eigen gemacht hätte.

Die Versammlung nahm dann zu den Lohninhabungen Stellung, die eine Anzahl Firmen vorgenommen haben. Den Lohn für einen Tag behalten ein: Schler, Widel (Mildorf), W. Schiffelbauer, Medel, S. Hen, Fritz Rüge, Pütz (Spandau); J. O. L. u. W. O. L. u. die 400—500 Mann beschäftigen, behalten sogar den Lohn für 2 Tage. Verschiedene Redner wandten sich energisch gegen dieses System. Die Ver-

sammlung verpflichtete die betroffenen Kollegen, am nächsten Sonnabend die Auszahlung jener Lohnbeträge zu verlangen, und beauftragte den Gesellenausschuß, mit den Weisern zu verhandeln und in der Versammlung am 29. August Bericht zu erstatten. — Die Bau- und Frage gab zu einer Debatte Anlaß. Es wurde lebhaft geklagt über den Mangel einigermaßen brauchbarer Waududen und Abortanlagen. Am Schloßplatz soll für Hunderte von Arbeitern nicht ein Abort vorhanden sein. Der Gesellenausschuß wurde beauftragt, bei den demnächstigen Verhandlungen wegen der neuen Forderungen auch die Waududen zu berücksichtigen. Ferner soll der Gesellenausschuß die Vorstände der beteiligten Korporationen zu einer Konferenz einladen, die der Durchführung der Arbeitsruhe während des Quartalfestes dienen soll.

Der Generalfreist der Militäreffekten-Sattler stand auf der Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung der Sattler aller Branchen, die am Sonnabend den großen Saal des Gewerkschaftshauses vollständig füllte. Das Referat erstattete der Verbandsvorsitzende Sassenbach. Er sagte, es sei notwendig, daß die weitesten Kreise des Publikums, daß die Öffentlichkeit unterrichtet werde über die Verhältnisse, welche zu diesem Streik führten, und über die Ursachen, die ihm zu Grunde liegen. Es handle sich hier um eine Arbeiterkategorie, welche Bedarfsartikel des Heeres anfertigt, also für den Staat arbeite. Wenn man aber glaube, die Militäreffekten seien deshalb besser gestellt wie andre Arbeiter, so irre man. Die Lage der Militäreffekten-Sattler sei ebenso traurig, wie die der Weber. Kurze Perioden guten Geschäftsganges mit unmäßig langer Arbeitszeit wechseln mit langen Perioden der Arbeitslosigkeit. Wohl habe es früher einmal zeitweise „Glanzperioden“ in der Militäreffekten-Branchen gegeben, wo auch die Arbeiter ausreichende Löhne erzielten, aber sobald die Arbeit nachließ, machten die Fabrikanten Lohnabzüge. Nicht weil sie selber niedrigere Preise erzielten, sondern weil das größere Angebot von Arbeitskräften ihnen die Lohnrückzahlung ermöglichte. Aber auch die Konkurrenz in der Branche wurde immer größer, die Fabrikanten unterboten sich bei den Submissionen derart, daß die Preise der einzelnen Artikel jetzt um 50 Proz. niedriger sind als früher. Den Schaden mußten natürlich die Arbeiter tragen. Die Löhne wurden so herabgedrückt, daß Familienväter die ganze Woche 10—12 M. und noch weniger verdienen. — Vom Staat müsse verlangt werden, daß er dafür Sorge, daß Leute, die für seinen Bedarf arbeiten, auch auskömmlich bezahlt werden. Deshalb hätten die Militäreffekten bei verschiedenen Gelegenheiten die Staatsregierungen auf die schlechten Löhne aufmerksam gemacht und um Abhilfe ersucht, ohne jedoch Entgegenkommen seitens der Behörden gefunden zu haben. Ein großes Uebel für die Arbeiter sei die in der Branche herrschende Geizhalserei, denn sie ermögliche den Fabrikanten die weitgehendste Lohnrückzahlung und mache den Arbeitern die Vertretung ihrer Interessen fast zur Unmöglichkeit. Der Sattlerkongress in Erfurt habe deshalb in einer Petition an das Reichsministerium gefordert, den Fabrikanten von Militäreffekten solle die Verpflichtung auferlegt werden, die ihnen übertragenen Arbeiten nur in eigenen Werkstätten auszuführen zu lassen. Auch diese Petition habe keinen Erfolg gehabt. Bekannt sei ja, daß der Kriegsminister, als die Angelegenheit im Reichstag zur Sprache kam, die Sache damit abzuhängen meinte, daß er die Petition als von unbekanntem Sattlergehilfen ausgehend bezeichneter. Vom sächsischen Landtag, der sich ebenfalls mit der Petition befaßte, habe man nichts anderes erwarten können als eine Ablehnung. In Bayern habe sich der Kriegsminister zwar für die Forderungen der Arbeiter ausgesprochen, aber einen weiteren Erfolg habe die Petition auch nicht gehabt. So sei denn hinsichtlich der traurigen Lage der Militäreffekten alles beim alten geblieben. Während andern Berufs in den letzten zehn Jahren eine Verbesserung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit erlangten, also Fortschritte machten, seien die Militäreffekten nicht weiter gekommen. Es schien fast, als sollte es in dieser Branche nie besser werden. Jetzt endlich sei es den Bemühungen der Organisation gelungen, den größten Teil der Berliner Militäreffekten zu gewinnen und für die Lohnbewegung zu interessieren, die denn auch mit großer Einnützigkeit unter Beteiligung fast aller Arbeiter der Branche begonnen worden sei. Das sei den Fabrikanten ganz unerwartet gekommen. Sie hätten, auf die Uneinigkeit der Arbeiter hoffend, Verhandlungen vor dem Gewerbegericht abgelehnt. Jetzt dürften sie ihre Weigerung wohl bereuen. Eine Firma habe bereits die Forderungen der Arbeiter anerkannt, und dadurch sei in die Reihen der Fabrikanten Freundschaft geschlossen. Die Haltung der Streikenden sei vorzüglich, der Sieg sei ihnen sicher. — Der Referent schloß seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Aufforderung an die Streikenden, auch in Zukunft zur Organisation zu halten, weil nur durch diese die Forderungen der Bewegung erhalten werden können. — Eine große Zahl von Rednern äußerten sich in ähnlichem Sinne wie der Referent. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, worin sie den Streik der Militäreffekten-Sattler als berechtigt erklärt und denselben moralisch und materiell zu unterstützen sich verpflichtete.

Ferner wurde in der Diskussion auch die Taktik des Streiks berührt und ein Antrag angenommen, welcher besagt, der Centralvorstand solle seinen Beschluß, wonach die unbeschäftigten Streikenden Berlin zu verlassen haben, aufheben, und dieselben dem Statut gemäß unterstützen.

Die **Rittermacher** nahmen am Sonnabend in einer stark besuchten Versammlung den Bericht über den gegenwärtigen Stand ihrer Lohnbewegung entgegen, den Juchel erstattete. Die notwendig die Aufhebung des Generalfreist gewesen sei, habe der Erfolg dieser Maßnahme bewiesen. Durch die Verhandlungen mit den einzelnen Arbeitgeber sei der Fabrikantenring gesprengt worden. Die Furcht vor der gegenseitigen Konkurrenz habe Wunder gewirkt. Von den 400 in den Generalfreist getretenen Kollegen würden Montag bereits zwei Drittel unter den neuen Bedingungen arbeiten. Bis Sonnabend hätten bewilligt: Karge, Schmidt, Stol, Kasse, Joch, Jindrich, Wollberg, Pflugrath, Lanterbach, Woll, Einsporn, Kuntz (Dessenbachstraße), Mühl, Reile, Reihner (Spittelmarkt), Oehme (Prenzlauerstraße), Lemke, Engel, Albig, Wiesenhal, Seifert, Bach, Huber. Leider hätten die Kollegen von Vogt und von Drechsel die Arbeit wieder aufgenommen. Ohne ihr Verhalten wäre der Sieg ein noch vollständiger. Die Situation sei aber auch so sehr günstig. Die Fabrikanten, die noch nicht bewilligt hätten, müßten bald nachkommen, wenn die Streikenden an den Forderungen festhielten. Spätestens in acht Tagen könnte man dann den endgültigen Sieg feiern. (Lebhafte Beifall.) Es entspann sich eine ausgedehnte, recht lebhaft Debatten, in der die vorzeitige Aufnahme der Arbeit bei Vogt und bei Drechsel vielfach gerügt wurde. Guldin von Drechsel und Frey Reichsteiner von Vogt suchten ihr und ihrer speziellen Mitarbeiter Verhalten zu rechtfertigen, fanden aber bei der Versammlung keine Gegenliebe. Es wurde ihnen u. a. entgegengehalten, daß sogar alte grauhaarige Männer, die 12 Jahre dieselbe Stellung innegehabt, mit in dem Streik getreten und standhaft geblieben seien. Die weitere Debatte drehte sich um das Vorgehen und die Siegesaussichten in einzelnen Werkstätten. Mitgeteilt wurde ferner, daß die Polizei sich sehr um den Schutz der Fabrikanten bemüht habe. Ein Fabrikant habe die Schulleute mit dem Bemerkten nach Hause geschickt, daß er mit seinen Arbeitern selber fertig werde. — Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit der Tätigkeit der Streikkommission einverstanden und verpflichtete die noch Ausständigen, so lange auszuharren, bis die gerechten Forderungen bewilligt sind. — Außerdem wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Für die erste Woche wird keine Unterstützung gezahlt. Vom Montag, den 20. August ab erhalten Verheiratete 2 M. und Unverheiratete 1,50 M. pro Tag. Wer eine volle Woche arbeitet, wird verpflichtet, wöchentlich 1 M. für die Streikenden zu steuern. Die Unterstützung kann im Notfall jeden Abend abgehoben werden.

Die **Heizungs-, Gas- und Wasser-Rohrleger** und **Heiser** hielten Sonntagvormittag in Rekers Hofstraße eine von über 2000 Personen besuchte Versammlung ab, um sich über den vielfach erörterten Lohnvertrag schlüssig zu werden. Rätcher berichtete über die in der Zeit vom 13. August bis 18. August gepflogenen abendlichen Verhandlungen mit den Unternehmern von

der Innung und vom Verband der Heizungs-Industriellen. Mit letzteren sei der Tarif noch nicht endgültig geregelt. Dagegen empfehle er den von der Innung nach längeren Verhandlungen anerkannten Tarif, der zwar nicht alle Forderungen der Arbeiter erfülle, aber immerhin als ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen sei. Mehrere Redner tabelten, wie schon in den vorhergehenden Versammlungen, die Verbandsleitung wegen der geringen Angebotspreise. Die heftigen Forderungen einzelner Redner: den Tarif rumbweg abzulehnen und sofort die Arbeit einzustellen, wurden vielfach mit Beifall aufgenommen. Tichöle und einige andre Redner erklärten sich gegen diese Zustimmung und wünschten Annahme des Tarifs sowie mögliche Vermeidung der Ueberzeitarbeit. Slegel widerlegte die gegen die Verbandsleitung erhobenen Vorwürfe und empfahl gleichfalls die Annahme des Tarifs. Ebenfalls wies Rätcher nochmals die von mehreren Rednern erhobenen Anschuldigungen zurück. Wären die Rohrleger länger gewerkschaftlich organisiert gewesen, so hätten sie auch bessere Erfolge erzielen können. Die Leitung des Metallarbeiterverbands konnte aber unter den vorliegenden Umständen eine Arbeitseinstellung nicht empfehlen. Ein Ausstand käme höchstens in Frage, wenn einzelne Unternehmer auch den neuen Tarif nicht anerkennen wollten. Derselbe werde allen Unternehmern im Verlauf der kommenden Woche mit einem Begleitschreiben zur endgültigen schriftlichen Anerkennung unterbreitet werden. Ueberall, wo der Tarif durch Unterschrift der Unternehmer anerkannt sei, hätten die entsprechenden Lohnzahlungen bereits am Sonnabend, den 25. August, zu erfolgen. Nach Verlauf von 14 Tagen findet abermals eine Versammlung statt, um ein Ergebnis darüber festzustellen, wieviel Unternehmer den Tarif nicht bewilligt haben. Infolge einer Anfrage verlas der Redner die in Betracht kommenden Bestimmungen des Verbandsstatuts über Unterstützungen bei Arbeitseinstellungen. Redner ersuchte nochmals zum Festhalten an der Organisation und empfahl unter lebhaftem Beifall Annahme des Tarifs. In der Abstimmung erklärte sich die Versammlung mit allen gegen 15 Stimmen für Annahme des Tarifs, der folgenden Inhalt hat: Es ist mit der Innung der Gas-, Wasser- und Heizungs-Fachmänner zu Berlin am 13. August 1900 vereinbart worden: 1. Die neunstündige Arbeitszeit, von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr, einschließlich Materialempfang und zweistündiger Pause; jedoch sollen diejenigen Firmen, die zu andern Beschäftigten verpflichtet sind, freie Hand behalten. 2. Reisanzustellende Monteurs bezw. Rohrleger erhalten 50 Pf. Stundenlohn. Zur Zeit im Geschäft befindliche Monteurs bezw. Rohrleger erhalten einen Zuschlag von 15 Proz. auf ihren jetzigen Lohn, und zwar vom Tage des Inkrafttretens dieses Lohntarifs an; jedoch nur durch diese 15 Proz. ein Minimallohn von 50 Pf. pro Stunde erreicht werden. Helfer erhalten zu ihrem jetzigen Lohn einen Zuschlag von 15 Proz., jedoch nicht unter 35 Pf. pro Stunde. 3. Arbeiter von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr werden als Nachtarbeit anerkannt und mit 50 Proz. Zuschlag pro Stunde Arbeitszeit bezahlt, ebenso Sonn- und Feiertagsarbeit. Die Pausen werden mitbezahlt. 4. Accordarbeit ist möglichst zu vermeiden, eventuell ist der festgesetzte Lohn zu sichern. 5. Die Landzulage für auswärtige Arbeiter innerhalb Deutschlands beträgt für Monteurs und Rohrleger 3 M., für Helfer 2 M. pro Tag. Wenn Kost und Logis gewährt wird, erhalten die Monteurs und Rohrleger 1,50 M., Helfer 1 M. 6. Sobald die Arbeitshälften eine halbe Stunde beziehungsweise 3 Kilometer vom Geschäft entfernt ist, wird das vorausgelagte Fahrgehalt bewilligt; für Vororte ist Fahrzeit von 6 Uhr ab, und vor den Feiertagen von 4 Uhr ab, im Comptoir oder auf dem Bau statt. 7. Bei Hoch- und Tiefbauten ist gutes und genügendes Material, Hebezeug und Leitern zu liefern. Auf Bauten und Streckenarbeiten ist ein verschleißbarer, mit Holzvorrichtung versehener Raum zur Verfügung zu stellen. Bei Arbeiten in Grundwasser sind wasserdichte Stiefeln zu liefern. 8. Sämtliche für den Beruf notwendige Werkzeuge sind in gutem Zustand zu liefern, desgleichen Eimer und Puzlappen. 9. Anlageregeln wegen Durchführung des Lohntarifs dürfen nicht stattfinden. 10. Maßregelungen wegen Durchführung des Lohntarifs dürfen nicht stattfinden.

Thormann berichtete noch über die Verhandlungen mit dem Verband der Heizungs-Industriellen, die folgenden Tarif ausgearbeitet haben: 1. Neunstündige Arbeitszeit, einschließlich Materiallieferung, von morgens 7 bis 6 Uhr abends, mit einer Gesamtpause von zwei Stunden. Diejenigen Firmen, welche als Mitglieder des Gesamtverbandes der deutschen Metallindustriellen-Verbands bezw. eines seiner Lokalverbände auf eine andre Arbeitseinstellung verpflichtet sind, behalten diesem Beschluß gegenüber freie Hand. 2. Heizungs-Monteurs erhalten, wenn sie neu angestellt werden, einen Stundenlohn von 50 Pf. Bereits im Geschäft thätige Monteurs erhalten einen solchen Stundenlohn, daß der bisherige Tagesverdienst auch bei neunstündiger Arbeitszeit erreicht wird. Infolge der Lohnbewegung bereits gewährte Zulagen kommen hierauf in Anrechnung. Für Hilfs-Monteurs findet dieselbe Lohnabmachung auf Grund eines Minimallohns von 40 Pf. pro Stunde statt. Helfer erhalten nicht unter 35 Pfennig pro Stunde. 3. Ueberstunden von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens werden als Nachtarbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt; desgleichen die Arbeiten an Sonn- und Feiertagen, diese aber ohne Zuschlag für Nachtarbeit. 4. Bei Accordarbeit wird der festgesetzte Stundenlohn gekürzt. 5. Landzulage für Monteurs 3 M. pro Tag; für Helfer 2 M. Die Landzulage wird auch bezahlt für Sonntage und gesetzliche Feiertage. Wird Kost und Wohnung gewährt, dann gelten besondere Vereinbarungen. Die Reisezeit wird laut Lohnvertrag vergütet, jedoch ohne Zuschlag und Landzulage. Fahrgehalt wird für die dritte Wagenklasse vergütet. 6. Sobald die Arbeitshälften 3 Kilometer vom Geschäft entfernt liegt, wird das vorausgelagte Fahrgehalt vergütet. Für mehr als 3 Kilometer entfernte Arbeitsstätten sind Fahrgehalt und Fahrzeit zu vergüten. 7. Am Jahrlage findet die Lohnzahlung von abends 8 Uhr, an Vorabenden von Feiertagen von 4 Uhr ab im Comptoir oder auf den Bauten statt, die Vesperpause fällt an diesen Tagen fort. 8. Auf Bauten ist ein verschleißbarer, mit Holzvorrichtung versehener Raum zur Verfügung zu stellen. 9. Sämtliche Werkzeuge sind in gutem Zustand zu liefern, desgleichen Eimer und Puzlappen. 10. Maßregelungen wegen Durchführung des Lohntarifs dürfen nicht stattfinden. Dieser letztere Tarif soll in einer besonderen Versammlung am Donnerstag, den 23. August, beraten und zur endgültigen Annahme empfohlen werden.

Die **Kupferschmiede** hielten am Sonnabend im Gewerkschaftshaus eine sehr gut besuchte Versammlung ab, um zur Lohnbewegung der Rohrleger Stellung zu nehmen. Nach eingehender Besprechung, in deren Verlauf das Vorgehen der Rohrleger gebilligt wurde, gelangte ein Antrag einstimmig zur Annahme, wonach alle in Heizungsanlagen u. d. beschäftigten Kupferschmiede verpflichtet sind, die Lohnforderungen der Rohrleger zu unterstützen und sich für deren Durchführung moralisch und materiell zu betätigen. Gleichzeitig sind auch die in Betracht kommenden Rohrleger verpflichtet, darauf zu achten, daß die von den Kupferschmieden in der verflochtenen Lohnbewegung erlangten Forderungen insbesondere der Minimallohn von 60 Pf. pro Stunde, innegehalten werden. Der Arbeitsnachweis der Kupferschmiede ist nunmehr nach dem Gewerkschaftshaus verlegt, wo man vorläufig für ein halbes Jahr einen Tisch für die Kupferschmiede in den Räumen für allgemeine Arbeitsnachweise gemietet hat. Bei Besprechung innerer Angelegenheiten wurde u. a. darauf aufmerksam gemacht, daß Einladungen zur Sternwarte in Treptow wie zu der am 14. Oktober stattfindenden Vorstellung in der „Armania“ noch vorhanden sind. Am 9. September soll eine Besichtigung des Reichstagesgebäudes stattfinden.

Eine **Versammlung der Brauereihilfsarbeiter** fand am Sonntagnachmittag bei Keller, Kopenstraße statt. Vor der Bureauwahl widmete der Einberufer dem verstorbenen Abg. Riebnicht herzliche Worte der Anerkennung; die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erheben von den Sitzen. Da ein Referent, der über die Unfall- und Krankenkasseneinrichtung sprechen sollte, nicht zu bekommen war, so hielt der Kollege Schäfer einen Vortrag über: Die Arbeiter im heutigen Klassenstaat. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Als Punkt 3 stand auf der Tagesordnung: Bericht des Gewerkschaftsdelegierten und Neuwahl des letzteren. Da der Delegierte krank ist und nicht erschienen war, so wurde dieser Punkt zurückgestellt. Bei der Neuwahl wurde gewählt Thomas als Delegierter und Brünninger als Erfahmann; es wurde diesen beiden zur Pflicht gemacht, die Interessen der Brauereihilfsarbeiter besser wahrzunehmen, als es bisher geschehen sei. Unter „Verschiedenes“ wurden zunächst sanitäre Mängel in den Brauereien besprochen. Schäfer hielt seine Behauptung, daß bei Ring u. Co. in dieser Beziehung große Mängel existierten, aufrecht; die Behauptungen der Firma Ring u. Co. im „Vorwärts“ seien unrichtig. Auch beim Hoflieferanten Bölow beständen ähnliche Verhältnisse. Von Vertretern der gelehrten Brauer wurde der Lohnkommission der Hilfsarbeiter der Vorwurf gemacht, daß sie sich in der Angelegenheit des „Münchener Brauereibes“ über den Köffel hätte barbarieren lassen. Schäfer erwiderte, die Kommission habe in dieser Angelegenheit vor einer sehr verwickelten Situation gestanden. Die Differenzen hätten sich noch lange unter der Oberfläche abgespielt; statt daß die Arbeiter zur zuständigen Stelle gekommen seien, hätten sie einen Winkelkonsulenten mit der Ausarbeitung ihrer Forderungen betraut, und dann, als es sich nur noch darum handeln konnte, die Ausständigen in ihrer Arbeit zu erhalten, seien die Vorwürfe gekommen, daß zu wenig erreicht sei. Die Kollegen sollen alle treu zum Verbands halten, dann werde auch mehr geschafft werden können. Ferner wurden Vorwürfe erhoben, daß die Kommission ihren Namen unter die bekannte Annonce im „Vorwärts“ gesetzt hat. Es entspann sich dann eine Debatte über den Arbeitsnachweis. Die Brauerei-Arbeiter wollen nächstens eingehend über diese Frage Stellung nehmen und die Gründung eines eignen Bureaus ins Auge fassen. Nach einem Beschluß, den Vorstand zu beauftragen, in nächster Zeit wieder Wanderversammlungen (Verstärkten) in Berlin und Umgebung zu veranstalten, wurde die Versammlung nach 6 Uhr mit einem Hoch auf den Centralverband geschlossen.

Am 15. August tagte die **Mitglieder-Versammlung der Cementierer und Verursagten**. Das Referat hatte Kollege Heese übernommen; er sprach in einer längeren, mit großem Beifall aufgenommenen Rede über „Klagen und Zweck der Organisation“. An der Diskussion, welche sehr lebhaft war, beteiligten sich mehrere Kollegen. Der erste Kassierer erstattete den Kassienbericht vom zweiten Quartal. Nachdem noch die Kollegen aufgefordert worden waren sich reger an den Versammlungen zu beteiligen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

In **Ablershof** tagte am Donnerstag eine **Parteiversammlung**, in der nach einer Ehrung unres verstorbenen Lieblinge Reichstags-Abgeordneter Rosenow über den Kapitalismus und die Aufstellung Chinas einen wirkungsvollen Vortrag hielt, der in der Aufforderung ausklang, unsere Weibknecht nachzusehen und für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Organisation zu agitieren. Diese sei der beste Damm gegen den Weltwahn und die uferlose Flottenpolitik. Als Delegierte zur Kreisversammlung wählte die Versammlung die Genossen Hildebrandt und Weiser-mönn.

Der Triumphzug des Grafen Waldersee.

Das offiziöse Telegraphenbureau meldet aus Regensburg: Die Fahrt des Sonderzugs des Feldmarschalls Grafen Waldersee durch die deutschen Lande gleicht einem Triumphzuge. Die preussische, die sächsische und die bayerische Bevölkerung längs der Linie, die der Sonderzug des Armee-Oberkommandos besetzt, weitestens in herzbegehrenden, spontanen, patriotischen Kundgebungen. Der Feldmarschall ist der freudig bewegte Empfänger begeistertster Ovationen, wie ähnliche seit 1870/71 nicht vorgekommen sein dürften. Ein Zug von hohem Enthusiasmus weht durch diese dem Moment entspringenden Kundgebungen des Volks, die sich in ersten Ansprüchen der Magistrats, patriotischer Musik, Blumen-spenden und Liebesgaben äußern. Unverkennbar ist die impulsive Natur dieser civilen Begrüßungen, da militärische Empfänge fast ausnahmslos sich durch die Abwesenheit der Garnisonen im Uebungsgebiete von selbst verboten. Besonders herzlich waren die Begrüßungen in Reichenbach und Hof unter stürmischer Beteiligung der arbeitenden Klassen und der von weit hergewanderten ländlichen Bevölkerung.

Das „deutsche Volk“, das dem Herrn General-Feldmarschall schon vor Beginn des glorreichen Feldzugs einen Triumph im Superlativ bereitet, wird nunmehr über die schwierige Frage nachzudenken haben, wie democh eine Steigerung des Hochgefühls im Angesicht des heimkehrenden Siegers möglich sei. Drei weitere Telegramme, die das Boffische Telegraphen-Bureau noch in später Nachtstunde verbreitet, und deren letztes aus Ruffein datiert ist, melden noch, daß der Jubel über den mitteleuropäischen Triumphzug des Grafen selbst einen österreichischen Feldmarschall-Beutenau ergriffen habe, der im Auftrage des Erzherzogs Eugen am Bahnhof der schönen Alpenstadt zum Empfange seines reichsdeutschen Kollegen erschienen sei. Besonders ercent habe Graf Waldersee sich aber über den ihm in München bereiteten Empfang geäußert. Allein fünf Prinzen sind dort am Bahnhof gewesen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Petersburg, 20. August. (B. Z. B.) In einem heute beim Generalstab eingegangenen Telegramm berichtet General Orlov, daß am 14. August die Kasaken-Brigade von Dschamete aus mit einem weiteren Kasaken-Regiment und einer Batterie nach heftigem Kampfe mit 700 Mann feindlichen Truppen den Pass von Jasschi einnahm und noch in der Nacht den Vormarsch fortsetzte. Am 15. August morgens besetzten die Truppen Reindusche. Der russische Verlust betrug 3 Tote und 9 Verwundete.

Paris, 20. August. (B. Z. B.) Die „Agence Hadas“ de-montiert das Gerücht, der Minister des Aeußern Delcassé habe die Absicht, eine Konferenz von Diplomaten in Paris vorzuschlagen, um über Mittel und Wege zu beraten, die geeignet seien, die Einigkeit des militärischen und diplomatischen Vorgehens der Mächte zu sichern.

Washington, 20. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Von chinesischer Seite wurde durch Li-Hung-Tschang ein Gesuch an die Vereinigten Staaten gerichtet, dem amerikanischen Gesandten Conger oder irgend einem andern amerikanischen Beamten die **Vollmacht** zu erteilen, **Friedensverhandlungen** einzuleiten und die endgültigen Bedingungen einer Regelung der jetzigen Wirren festzustellen. Der chinesische Gesandte Wutingfang legte dieses Gesuch dem Staats-departement vor. Li-Hung-Tschang erklärte sich hierzu bereit die Unterhandlungen an irgend einem den verbündeten Mächten erwünschten Orte zu führen. Man glaubt, daß entweder Peking oder Tientsin dazu ausersehen wird. In dem Gesuch wird die Zurück-ziehung der Truppen nicht verlangt, auch werden sonst keine besonderen Bedingungen gestellt.

Boerenkrieg.
London, 20. August. (B. Z. B.) Feldmarschall Roberts sendet aus Pretoria vom 20. August folgendes Telegramm: Hamiltons Kolonne besetzte am 17. August Olfantfontein in der Magalies-Bergen. Auf britischer Seite wurden drei Mann verwundet. Hamilton erbeutete zwei Geschütze, einen Munitionswagen und zwei Transportwagen. Seine Avantgarde unter Mahon kämpfte gestern den ganzen Tag mit dem Feinde bei den Goodkopjes westlich vom Krosföb-Jusse, nahm sieben Boeren gefangen und erbeutete zwei Karren. — Ruddle meldet aus Hararisch, daß sich in diesem Distrikt bis zum 19. August 684 Boeren ergeben haben (?).

Wien, 20. August. (B. Z. B.) Im Laufe des heutigen Tages sind hier, in Boppart und in Ebn schwere Gewitter mit heftigen Regengüssen, teilweise auch mit starkem Hagel, niedergegangen, der viel Schaden anrichtete.

Partei-Konferenz für den Wahlkreis Teltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Die Konferenz trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken Liebnechts durch Erheben von den Plätzen.

Demokratie unter einem solchen Wahlsystem irgend welche Erfolge erzielen kann; im Gegenteil, Schaden erleiden wird sie und deshalb kann er der Kreis-Konferenz nur empfehlen, sich wie früher entschieden gegen die Beteiligung an den Landtagswahlen auszusprechen.

Die Ausführungen des Referenten, so wurden auch die des Korreferenten teilweise mit lebhaftem Beifall, andererseits ablehnend von der Konferenz aufgenommen.

Ein Antrag, keine Diskussion über diesen Punkt stattfinden zu lassen, wird abgelehnt.

Carow-Vaumschulenburg spricht sich gegen die Beteiligung aus, auch weil es unfern Abgeordneten im Reichstag trotz ihrer großen Zahl schon sehr schwer fällt, für die Arbeiterklasse etwas zu erringen und einzelne Vertreter im Landtag völlig einflusslos wären.

Hildebrandt-Adlershof tritt für die Beteiligung ein und erinnert daran, daß früher auch im Reichstag nur einzelne sozialdemokratische Abgeordnete vorhanden waren, die trotzdem mit gutem Erfolg und für die Partei gewirkt haben.

Die Rednerin empfiehlt die Einleitung einer kräftigen, planmäßigen Agitation für die Beseitigung des erbärmlichen, reaktionären Wahlsystems.

Nachdem Frau L. Teltow und Thiele-Tempelhof noch gegen die Beteiligung gesprochen, gelangt folgende, von Hirsch gestellte Resolution mit 31 gegen 23 Stimmen zur Annahme:

„Die Parteigenossen von Teltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg beantragen beim Parteitag in Mainz, der bisherigen Unklarheit in der Frage unserer Taktik bei den Landtagswahlen in Preußen ein Ende zu machen durch den Beschluß allgemeiner und selbstständiger Beteiligung der sozialdemokratischen Partei bei den nächsten preussischen Landtagswahlen.“

Den zweiten Teil der Resolution, der über das Vorgehen bei den Wahlen weitere Bestimmungen enthält und wonach die oberste Leitung der Wahlgeschäfte dem Parteivorstande bzw. einer besonders zu wählenden Kommission übertragen werden soll, hat der Antragsteller zurückgezogen.

Hierauf berichtete Schubert über die Tätigkeit der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. Danach hat die Kommission ihr Hauptanliegen gerichtet auf die Agitation unter der Landbevölkerung.

Die Genossen Günther-Trebbin und Zubeil schildern eingehend die Vorgänge und begründen den Antrag damit, daß die Redaktion der „Brandenburger Zeitung“ das Vorgehen der Buchhändler, die ein Heft in einem gesperren Lokal abgehalten haben, zu recht fertigen und zu beschönigen versucht hat.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Ferner wird nachfolgender Antrag für die Provinzial-Konferenz beschlossen:

„Am dem „Märkischen Volksboten“ einen bleibenden Wert für die ländliche Bevölkerung zu geben, beantragt die Kreis-Konferenz des Wahlkreises Teltow etc.“

Vom Jahre 1901 ab ist dem „Märkischen Volksboten“ alljährlich ein Abchnitt von der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung, die Hauptfragen im Kalender erläutern, mit Formulare versehen und mit dem Hinweis, daß die Fortsetzung im nächsten Jahre erfolgt, beizufügen.“

Als Delegierte zur Provinzial-Konferenz werden Hildebrandt, Pasche und Carow gewählt. Die für den Parteitag in Mainz eingebrachten Anträge: Den Preis des „Vorwärts“ auf eine Mark herabzusetzen (Tempelhof), und den „Vorwärts“ zweimal täglich erscheinen zu lassen und die Expedition in eigene Regie zu übernehmen (Groß-Lichterfelde), werden der Preßkommission überwiesen.

Zur Annahme gelangt ein Antrag Charlottenburgs, der auch von Zubeil begründet wird und lautet: „Der Parteitag möge beschließen, der Leiter der Buchhandlung Vorwärts ist vom Parteitag anzustellen.“

Gingegen wird die Resolution der Frauen, betreffend die Beibehaltung des Vertrauensmänner-Systems, die auch den Berliner Parteiversammlungen vorgelegen hat, auf Antrag Soales und mit der Motivierung, daß die Konferenz hierzu beim 1. Punkt zur Organisationsform ihre Stellung präzisieren hat und es selbstverständlich ist, daß die Fraktion für Beseitigung des reaktionären Vereinsgesetzes eintritt, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Nach längerer Diskussion über die Entsendung eines weiblichen Delegierten zum Parteitag werden die Genossen Gruhl-Romowes, Gerhardt-Charlottenburg und Schubert-Schöneberg gewählt. Die Genossin Vogel blieb in der Minorität.

Eine längere Debatte entzündet sich hierauf noch über den Punkt Frauen-Agitation. Ein daraus resultierender Antrag von Fräulein Altman, eine kleine 1 oder 1 1/2 Bogen starke Broschüre für die Frauen zur Agitation herzustellen und zu verbreiten, wird der bestehenden literarischen Kommission überwiesen, die gemeinsam mit dem Vertreter des Kreises und den Kreisvertrauensleuten hierüber beraten soll.

Hiermit war die Tagesordnung der Konferenz erledigt. Mit dem Appell des Vorigen Genossen Goppe, recht tätig zu sein, damit die Lücke, die durch den Tod Liebnechts in der Partei entstanden ist, bald wieder ausgefüllt werde, und mit einem kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie erfolgte der Schluß der Konferenz.

Die Kreis-Konferenz für Niederbarnim

tagte am Sonntag im Weigels Saal zu Rummelsburg. Zunächst ehrte man das Andenken unseres verstorbenen Genossen Liebnecht in der üblichen Weise. Dann trat man in die Tagesordnung ein. Ueber den ersten Punkt derselben: Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Die Landarbeiterfrage referierte Stadthagen. Er führte aus: Die jahrzehntelangen Bemühungen, die Landarbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen, haben im Kreise Niederbarnim einen erfreulichen Erfolg gehabt.

gesprochen hat. Für eine Besprechung dieser Angelegenheit auf dem Parteitag sei Bedenken nicht, denn die gewerkschaftliche Politik werde durch die Gewalt der Tatsachen bestimmt und Geschäfte würden sich durch nichts ändern. Weiter sprach sich der Redner gegen die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen aus, weil es unmöglich sei, daß wir aus eigener Kraft ein Mandat erobern und Kompromisse einfließen abgelehnt werden müssen.

Grauer erklärte sich gegen die Besprechung der Gewerkschaftsfrage auf dem Parteitag. Das sei eine Angelegenheit, welche die Gewerkschaften selber zu entscheiden haben. Die Beteiligung an den Landtagswahlen sollte für immer abgelehnt werden, selbst wenn sich Personen, die gern Abgeordnete werden möchten, vor den Kopf gestoßen fühlen.

Gebauer ist auch gegen die Besprechung der Gewerkschaftsangelegenheit. Der nächste Gewerkschaftstongress werde hoffentlich so beschließen, daß von Neutralität der Gewerkschaften keine Rede mehr sein kann.

Freiwald erklärte sich ebenfalls gegen die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Der Kreis werde seine frühere Stellung beibehalten. Die Ansicht, daß die Politik mit den Gewerkschaften nichts zu thun habe, könne Bedenken nicht teilen.

Nach Schluß der Debatte wurde ein von Stadthagen gestellter Antrag folgenden Inhalts gegen zwei Stimmen angenommen:

Der Parteitag wolle beschließen: Die Entscheidung darüber, ob eine Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen stattzufinden hat, bleibt den einzelnen Wahlkreisen überlassen.

Einstimmig wurde ein von Freiwald eingebrachter Antrag angenommen welcher besagt: Die Sachhandlung Vorwärts untersteht der Kontrolle der Preskonmission.

Als Delegierter zum Parteitag wurden Gebauer und Gerstenberger gewählt und Grauer als Erfragmann bestimmt.

Bezüglich des internationalen Kongresses in Paris beschloß die Konferenz, von der Entsendung eines eigenen Delegierten Abstand zu nehmen, und den Kreis, falls die Provinzialkonferenz einen Delegierten wählt, durch diesen, andernfalls durch einen Berliner Delegierten vertreten zu lassen.

Tokales.

Dritter Wahlkreis. Im sozialdemokratischen Wahlverein spricht am Dienstag, den 21. August, abends 8 Uhr, Dr. Alfred Verris über: Der Kampf des Sozialismus gegen die Volkskronheiten. Die Versammlung findet in den „Aminhallen“, Kommandantenstr. 20, statt und wird pünktlich eröffnet. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt.

Der Vorstand.

Die Thätigkeit des Einigungsamts des Gewerbegerichts ist neuerdings vielfach angefochten worden. In den Schwarzmaier-Blättern wird die Ansicht vertreten, daß das Einigungsamt einseitig die Interessen der Arbeiter fördere. Insbesondere wird in der Öffentlichkeit Bezug genommen auf den angeblich „berichtigten“ Schiedsspruch des Einigungsamts des Berliner Gewerbegerichts im Maurerstreik im vorigen Jahre und auf ähnliche Fälle bei den Möbelschleifer-, Lötzer- und Steinseherstreiks usw. Es zeugt diese Bezugnahme von mangelhafter Kenntnis der einzelnen Verhandlungen. Im Maurerstreik wurde ein Schiedsspruch gefällt, der die Arbeitgeber noch sehr günstig abzeichnete, im Möbelschleifer- und Lötzerstreik sind überhaupt keine Schiedssprüche gefällt worden. Im Steinseherstreik wurde allerdings ein Schiedsspruch gefällt und zwar einstimmig, also unter Zustimmung der von den Arbeitgebern erwählten Weisiger. Die Steinsehermeister nahmen den Schiedsspruch nicht an, um nach kaum acht Tagen unter viel ungünstigeren Bedingungen, wie sie sich nach dem Schiedsspruch erfüllen sollten, mit ihren Arbeitnehmern Frieden zu schließen. Wie wenig übrigens die Arbeitgeber davon überzeugt sind, daß sie ihre wirtschaftliche Existenz durch die Annahme des Gewerbegerichts diesem „preisgeben“, erhellt aufs deutlichste daraus, daß sie bei Differenzen mit ihren Arbeitgebern öfter auf dem Gewerbegericht erschienen und sich bereit gefunden haben — ohne das Einigungsamt, nur unter dem Vorbehalt eines Gewerbegerichters —, mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Die ferner aufgetauchte Verdächtigung, das Gewerbegericht stehe im Dienste einer politischen Partei, widerlegt sich dadurch, daß bisher noch in keinem Schiedssprüche eine politische Forderung berücksichtigt ist.

Eine pestverdächtige Erkrankung. Wir brachten vor einigen Tagen die Mitteilung, daß in Baumgärtenweg der im Berliner Institut für Infektionskrankheiten angestellte Hans Reide angeblich an den schwarzen Roden erkrankt in die Charité aufgenommen sei und schließlich einige Personen, die mit dem Erkrankten in Verbindung gekommen waren, gleichfalls zur Beobachtung ihres Gesundheitszustands diesem Krankenhaus überführt wurden. Jetzt wird gemeldet, daß der Erkrankte pestverdächtig war. Es wurden sofort die größten Vorsichtsmaßregeln beobachtet.

Frau Reide, ihre beiden Söhne Hans und Georg und Gerichtssekretär Ronge aus der Behringstr. 48 am Baumgärtenweg sind aus der Quarantäne bisher nicht entlassen worden, obgleich sich der Verdacht nach mehrfacher sachmännischer Untersuchung als grundlos herausgestellt hat. Die behördliche Vorsicht geht so weit, daß trotz dieses ärztlichen negativen Befundes die Besucher dieser Familie nur bis auf eine gewisse Entfernung sich ihr am Sonntag nähern durften. Den Pavillon VII zu betreten, war ihnen nicht erlaubt; sie mußten in den den Pavillon umgebenden Anlagen auf Stühlen Platz nehmen und konnten sich mit den am Fenster erschienenen unter Beobachtung Gestellten unterhalten. Hans Reide, im Institut für Infektionskrankheiten an der Hörsingstraße, darf keinen Besuch empfangen. Ueber die Entstehung des Verdachts werden jetzt genauere Aufschlüsse gegeben. Hans Reide wurde im Institut an der Hörsingstraße — nicht Charité — bei der Abteilung zur Erforschung von Cholera, Rotz, Pest u. a. beschäftigt und kam naturgemäß mit den Präparaten in Verbindung. Nun zeigte sich auf seiner Nase ein verdächtiger Pidel und die Kerze mußten mit der Vorsicht rechnen, daß der Pidel auf Scudobacillen zurückzuführen sein könnte. Das gab den Anlaß zur Abschließung und Beobachtung des Hans Reide. Da nun der Sache die weitgehendste Aufmerksamkeit gewidmet und die größtmögliche Vorsicht beobachtet wurde, so blieb nichts übrig, als die Maßnahme auch auf die Angehörigen auszuweiten, mit denen er zusammengekommen war. Als die letzteren beim Abendbrot in ihrer Laube saßen, fuhren zwei Krankenträger vor und die Verdächtigen wurden abgeholt, ohne daß sie wußten, was für ein Ansehungsverdacht auf ihnen ruhte. In der Baracke erhielten sie ein Zimmer, und die Speisen wurden ihnen durch ein Fenster zugestellt. Die Beobachtung geschieht von einem Arzt des Instituts in der Hörsingstraße.

Dieses neue Gebäude dient bereits in allen seinen Räumen dem Zwecke und besteht aus einem langgestreckten Bau und zwei Seitengebäuden und zwei Stallgebäuden auf dem Hof. Zunächst an der Hörsingstraße liegt das Beamtenhaus, ein villenartiger Bauwerk, durch das der Zugang zu dem Institut führt. Alle Gebäude sind hermetisch und vorsichtig angefüllt, daß an ein Eindringen von Ratten und Mäusen, die Seuchen leicht verbreiten, nicht zu denken ist. Im Erdgeschoß liegen die Büros, Vorratsräume, Laboratorien des Geheimrats Dönik, ein mikroskopisch photographiertes Atelier und die Tollwut-Schulstation des Professors Wed, wo gegenwärtig 82 Kranke behandelt werden. — Im ersten Stock befinden sich Laboratorien des Geheimrats Robert Koch und des Professors Prosch, Säle für ärztliche Kurse und zwei Räume für Bakteriologie. Der zweite Stock birgt im linken Flügel ebenfalls bakteriologische Laboratorien, die aber gegen die übrigen Räume besonders abgeperrt sind, da hier die allergefährlichsten Untersuchungen mit Bacillen vorgenommen werden. Dieser Teil des Instituts darf nur von den bestellten Personen betreten werden und hat besondere Ankleide- und Waschräume. Die dort beschäftigten Kerze dürfen nur dann von ihrer Thätigkeit abgerufen werden, wenn ihre Gegen-

wart im wissenschaftlichen Interesse notwendig ist. Sie werden in solchen Fällen weder durch Sprühdampf, noch durch unmittelbares Niesen, noch durch den Fernsprecher, sondern nur durch eine elektrische Glode verständigt.

Zu dem Fall wird weiter gemeldet: Die pestverdächtige Familie Reide und der Gerichtssekretär Ronge sind am Montag (gestern) mittags aus der Beobachtungsstelle nach Hause entlassen worden. Ein Polizeidiener aus Treptow hatte ihnen den Schlüssel zu der amtl. beschlossenen Wohnung überbracht. Der Schlüssel wurde im Institut für Infektionskrankheiten an Hans Reide abgegeben. Dieser aber erschien nicht bei den Angehörigen, die noch am Spätnachmittag in der Baracke seiner warteten.

Die Sterblichkeit in Berlin ist, nachdem sie in der Woche vom 22.—28. Juli den bis dahin höchsten Stand dieses Jahres erreicht hatte, in der Woche vom 29. Juli bis 4. August nach dem jetzt vollständig vorliegenden Meldungen auf 949 Fälle herabgegangen, und für die Woche vom 5.—11. August ist nach den bisher eingegangenen Meldungen — vorläufig 792 Fälle — ein noch stärkerer Rückgang anzunehmen. Die Kindersterblichkeit war an der Gesamtsterblichkeit beteiligt vom 22.—28. Juli mit 549 Fällen und vom 29. Juli bis 4. August noch mit 544, dagegen sind für die Woche vom 5.—11. August vorläufig erst 438 Fälle gemeldet. Unter den Todesursachen nahmen Magen-Darminfektionen, Diarrhöe und Brechdurchfall noch immer die weitaus erste Stelle ein, doch ist auch hier in den kühleren Tagen des August ein Rückgang eingetreten. Die neuerliche Zunahme der Typhusfälle indes bei längerer Dauer eine erneute Steigerung der Sterblichkeit an diesen Krankheiten und damit ein neues Aufschwollen der Kindersterblichkeit bezw. der Gesamtsterblichkeit herbeiführen.

Nicht weniger als 232 Wagen der Großen Berliner Straßenbahn waren am Sonntag erforderlich, um den Passenverkehr nach Tegel zu bewältigen. Der Wagenpark legte zusammen 1618 Touren zurück und beförderte nach beiden Richtungen über 28 000 zahlende Personen. Regelmäßig hielt der Betrieb auf den Linien nach Treptow. Auf den 6 nach diesem Vorort führenden Linien fuhren insgesamt 681 Wagen einschließlich derjenigen der Untergrundbahn und Siemens u. Halske-Linie, die zusammen 70 000 zahlende Personen beförderten. Mit gleich riesigen Zahlen konnte am gestrigen Sonntag die Verwaltung der Stadt- und Ringbahn rechnen, der Schleifische Bahnhof wurde von 109 000 an- und abfahrenden Personen benutzt. Auf dem Bahnhof Alexanderplatz wurden im Stadt- und Vorortverkehr 32 000 Fahrkarten verkauft und auf dem Bahnhof Döberitz 21 000 ankommanden Personen die Fahrkarten abgenommen. Der Gesamtverkehr im Stadt- und Vorortbetrieb am Sonntag ist zwar noch nicht genau festgestellt; es dürften jedoch nach einer oberflächlichen Schätzung des Betriebsamts der Eisenbahn-Direktion Berlin weit über 400 000 Personen die Eisenbahn benutzt haben.

Eine ganze Bande polnischer Falschmünzer und Verbreiter falschen Geldes, darunter zwei Frauen, sind von der Polizei hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Es sind im ganzen neunzehn Personen, deren Namen deutsch kaum auszusprechen sind. Schon seit Monaten hatte die Polizei zwei Stellen beobachtet, die ihr als Werkstätten der Verbreiter bezeichnet worden waren, jedoch gelang es ihr nicht, die Falschmünzer abzufangen. Nachdem einigen verdächtigen Personen erfolglos nachgegangen war, führte eine leichte Spur nach der Willowstraße. Hier konnte die Kriminalpolizei nicht anders ankommen, als daß sich ein Beamter im Hause einmischte. Obgleich von dem Zimmer aus die vermutechte Falschmünze übersehen werden konnte, gingen die Verbreiter so vorstichtig zu Werke, daß die Beamten zunächst keinen Anhalt finden konnten. Es dauerte Wochen, bis sie breiter und — unvorsichtiger wurden, so daß in der vorigen Woche nicht bloß diese dritte Prägenstätte ausgehoben, sondern auch alle Mitglieder der Bande ergriffen werden konnten. Dies letztere geschah in der Weise, daß die ausgenommene Werkstatt mit Beamten besetzt wurde, die nun die Verbreiter nach und nach abfingen.

Vom Gerüst abgestürzt ist am Montagvormittag um 10 Uhr der 55 Jahre alte Maurer Karl Siebe aus der Invalidenstraße 144, der auf einem Bau Chausseestraße 43 beschäftigt war. Er erlitt schwere Verletzungen am Kopf, an den Armen, am Rücken und am Hinterleib. Er erhielt auf einer Infallstation einen Verband und wurde in einem Rettungswagen nach einem Krankenhaus gebracht.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich am Sonntagabend im Apollotheater in der Friedrichstraße. Als nach Schluß der Vorstellung der eiserne Vorhang herabgelassen wurde, kam der Arbeiter Schröder, der beim Aufstellen der Louissen beschäftigt war, so unglücklich unter den schnell herabgleitenden Vorhang, daß er schwer verletzt in eine Klinik übergeführt werden mußte. Dort ist er am Montag gestorben.

Ein Trauerfall im Zoologischen Garten. Die große Straffe des Zoologischen Gartens, welche vielen Besuchern als leichtes Ziel einer einst aus vier Exemplaren bestehenden Straffenfamilie wohl bekannt ist, ist vor wenigen Tagen ihrem vor zwei Jahren gleichfalls an der Schwindsucht, der Generalkrankheit der exotischen Tiere in unserm Klima, eingegangenen männlichen Gesellschafters im Tode gefolgt. Der Verlust wäre unersehlich, da infolge der Waidstrenge im Sudan der Tierexport fast unmöglich geworden ist, wenn es der Direktion nicht gelungen wäre, schon vor einiger Zeit ein bereits auf dem Transport nach hier befindliches Straffenpaar zu erwerben.

Eine brutale That. Gestern früh wurde der Bildhauer Pilz vor dem Hause Rylestr. 2 von zwei Männern, die seine Geliebte, ein Fräulein Kaiser, bei einem Streit mit Pilz zur Hilfe gerufen hatte, überfallen. Die Schädeldecke wurde ihm zertrümmert. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain geschafft. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Feuerbrände. Montag früh brannten Reichensbergerstr. 138 und Gerichstr. 62 kleine Holzschuppen. Kurz darauf ging Königstr. 81 eine Kachelofeneinrichtung in Flammen auf. Kurzschluß in der elektrischen Leitung verursachte einen Schuppenbrand in der Großen Frankfurterstraße 116. Am Sonntag wurde die Wehr mehrfach in Anspruch genommen. Wohnungsbrände mußten Große Hamburgerstraße 1, Blumenshof 18 und Waldemarstr. 41 abgelöscht werden. Friedrichsbergerstr. 3 hatte die Dachkonstruktion Feuer gefangen, das aber noch im Keime erstickt wurde.

Verloren. Auf der Straßenbahn der Linie Marzfeldeplatz—Loringstraße, auf dem Wege von der Weinmeisterstraße bis zur Loringstraße, ist dem Parteigenossen Frey Giesecke, Grünhaldenstraße 5 wohnhaft, ein Zwanzigmarkstück verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird um Zurückgabe gebeten.

Orgelvortrag. Frau Elisabeth Schumann, Fr. Ella Gerhardt, Herr A. E. Brenns, der Violonist Hr. Hans Streß und Herr Alex. Quast werden beim Diener des Orgelvortrags in der Marienkirche eine Sonate von Dvornik, das Largo von Handel, das Riferere von Martini, das H-moll-Préludium von Bach u. Wilmow, am 22. August, mittags 12 Uhr, aufspielen. Der Eintritt ist frei.

Aus den Nachbarorten.

Arbeiterverein für Pankow und Umgegend. Gute Dienstag: Diese Abend bei Grohler, Berlinerstr. 27. Zur Vertiefung und Diskussion kommt die Broschüre von A. Wedel: „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien.“ Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Weihensee. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlung im Schloß Weihensee heute, am Dienstag, nicht im Winteraal, sondern im Ball-Compteur stattfindet.

Schmargendorf. Heute Dienstag, den 21. August, findet die regelmäßige Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt, in welcher Bericht über die Kreis-Konferenz gegeben wird. Der Vorstand.

Börsen. Der sozialdemokratische Arbeiterverein hält heute, Dienstagabend, bei Stippelstr. 5, Schulinderstraße 5, seine Versammlung ab.

Die Erweiterung des Spandauer Schiffahrtskanals ist zwischen der Sandkrugbrücke und dem Humboldthafen immer noch nicht beendet, trotzdem die Arbeiten bereits vor mehr als zwei Jahren in Angriff genommen worden sind und es sich nur um eine verhältnismäßig kurze Strecke handelt. Zwar ist vor kurzem das Alexanderufer, welches der Erweiterung wegen zur größeren Hälfte gesperrt werden mußte, in einem Teile endlich freigegeben worden, doch steht der den Fahrweg einengende Bauzaun nach dem Humboldthafen zu immer noch, da hier die Vaggerarbeiten, durch welche der dem Straßenlande abgenommene neue Teil des Flußbettes die erforderliche Tiefe erhält, sein Ende zu nehmen scheinen und hier auch der letzte Rest der alten Uferböschung immer noch nicht beseitigt worden ist. Im Interesse des öffentlichen Verkehrs wäre es sehr erwünscht, wenn diese Arbeiten recht beschleunigt würden.

Der Unhold in Jörfernuniform, der sich längere Zeit im Grunewald umhertrieb, die Tochter eines Bahnarbeiters bei Wannsee zu vergewaltigen versuchte und in Treuenbrietzen gelegentlich eines Einbruchs bei einem Gastwirt mehrere Schüsse auf diesen abgab, ist von einem Charlottenburger Kriminalschutzmann verhaftet und der Potsdamer Staatsanwaltschaft übergeben worden. Es ist der am 12. Oktober 1889 zu Döberitz Kreis Steinau a. O., geborene frühere Forstbeamte Konrad Lehmann. Der Verbrecher hielt sich zuletzt in einer Wohnung in der Marzgrafentrippe in Berlin auf.

Ein großer Beschungsbrand fand am Sonntag im Grunewald statt. Zwischen der Station Charlottenburg und Lichterfeld war die infolge der Hitze vollständig verdorrte Grasnarbe der hier besonders hohen Eisenbahn-Böschung durch die umherliegenden Funken einer Lokomotive in Brand gesetzt worden, der sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete und die ganze Umgegend in dicke Rauchwolken hüllte. Da die Gefahr vorlag, daß auch die am Rande der Böschung stehenden niedrigen Kiefern vom Feuer erfaßt würden, wurde einem weiteren Ausbreiten derselben durch herbeieilende Eisenbahnbeamte und Privatpersonen, welche Sand auf die Flammen warfen, ein Ende gemacht.

Versammlungen.

Die Isolierer und Rohrumhüller waren am Sonntag nachmittag versammelt, um sich zunächst mit der Arbeitseinstellung bei der Firma A. Haack u. Co. in Calbe zu beschäftigen. Genannte Firma, die auch in Berlin eine Filiale unterhält, hat einen eigenmächtigen, äußerst einseitig und rigoros abgefaßten Tarif mit Androhung von Gefängnis- und Geldstrafen ihren Arbeitern aufgedrängt. Darauf bezugnehmend hielt Genosse Kater einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag: „Gewerbe-Ordnung, freiwilliger Arbeitsvertrag und Fabrikordnung“, worin er diesen wie alle dergleichen „Verträge“ einer scharfen Kritik unterzog. Nach einer längeren Besprechung über die Arbeitsverhältnisse bei dieser Firma wurde über dieselbe die Sperre verhängt. Alle Isolierer und Rohrumhüller z. wurden erucht, dies zu beachten, und nur solche Tarife z. anzuerkennen, die auf gegenseitiger Vereinbarung der Unternehmer und Arbeiter beruhen. Um einen möglichst einheitlichen Tarif für alle Isolierer z. Deutschlands zu erzielen, sollen in nächster Zeit in mehreren Großstädten Versammlungen und Besprechungen stattfinden. Zum Referenten und Delegierten hierfür wurde Westfal einstimmig ernannt. Alle Isolierer und Rohrumhüller werden dringend erucht, Adressen und Material umgehend an die Organisation oder an Westfal selbst einzusenden; das Berliner Gewerkschaftsblatt gedenkt sich in späterer Zeit ebenfalls mit der Frage zu beschäftigen. Unter „Gewerkschaftliches“ gelangte ein Antrag zur Annahme, demgemäß alle Isolierer z. erucht werden, vierteljährlich ihre Streiklisten beim Vertrauensmann behufs genauer Kontrolle über geklebte Marken vorzulegen. Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß am Dienstag eine Vereinsversammlung und am 11. September eine öffentliche Versammlung stattfinden.

Gerihts-Bericht.

Wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit einem Kinde unter 14 Jahren stand gestern der preussische Arzt Dr. Hugo Hauer vor der zweiten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Urteilsverlesung ging hervor, daß der Angeklagte hauptsächlich hatte, die kleine gegen ihn aufgetretene Zeugnis verdienende nicht den geringsten Glauben. Der Gerichtshof war in diesem Punkt aber anderer Ansicht und kam zu der Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von acht Monaten.

Vermishtes.

Konther Nachwehen. Die die „Staatsbürger-Bl.“ mittelst, fand am Sonnabend die Verhandlung in der Privatklage des Oberlehrers Hofrichter gegen Jander wegen Beleidigung statt. Jander wurde zu 200 M. oder 15 Tagen Haft verurteilt. — Eine zweite Klage des Oberlehrers Hofrichter gegen den Damenschneider Segall, Berlin, Löttingerstr. 32, kam ebenfalls zur Verhandlung. Segall hat an den Oberlehrer Hofrichter einen Brief beleidigenden Inhalts geschrieben, u. a. hat Segall diesen mit einem chinesischen Voyer verglichen. Der Verteidiger des Segall, Rechtsanwalt Hans Schöcher, führte zur Entlassung des Segall an, daß die Kriminalbeamten Braun und Wehn Koriz Lewy ausdrücklich vor dem Oberlehrer Hofrichter, der der Nebenuntersuchungs-Kommission“ angehört, genannt haben. Segall wurde zu 75 M. oder 12 Tagen Gefängnis verurteilt.

Zu Moskau am Don wülfet seit Sonntag ein fürchterlicher Brand. Die Nachbargelager am Don, sämtliche Eisenbahnwaggons und einige Säbhe sind in Flammen. Zwei Fabriken sind niedergebrannt. Das Feuer greift noch weiter um sich. Der Materialschaden ist enorm.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Wien berichtet: Infolge falscher Weichenstellung geriet heute Nacht der Paris—Wiener Schnellzug bei der Station Weiss auf ein totes Geleis. Die Lokomotive und vier verschiedene Waggons entgleisten und wurden stark beschädigt. Von Personen ist jedoch niemand verletzt.

Eine Katastrophe auf der Pariser Ausstellung. Präsident Loubet wohnte Sonnabendabend in Begleitung des Sohnes des Vizekönigs von Tunis dem Nachfeste in der Ausstellung bei. Während desselben entstand eine Panik unter den Personen, welche dicht gedrängt auf der Brücke „Cours la Reine“ beim italienischen Pavillon standen, dadurch, daß ein halbwüchsiges Bursche rief: „Die Brücke stürzt ein!“ Das Gedränge war infolgedessen so groß, daß das Geleis auf beiden Seiten nachgab und 40 Personen auf den Quai stürzten. Der Handelsminister Villard begab sich sofort nach Bekanntwerden der Katastrophe auf die Unglücksstätte. Präsident Loubet sandte seinen Sohn. Eine Untersuchung ist eingeleitet. — Eine amtliche Darstellung des Unglücksfalls lautet: Bei dem venezianischen Feste in der Ausstellung, zu dem eine außerordentlich zahlreiche Menge herbeigeströmt war, gab das Geleis einer Laufbrücke an der Kreuzung des Boulevard de la Tour-Maubourg und des Quai d'Orsay nach und etwa 30 Personen stürzten aus einer Höhe von 3 Meter herab. Sechs Personen wurden schwer verletzt, zwei von ihnen sind bereits gestorben. Die übrigen wurden mehr oder weniger leicht verletzt.

Eisenbahnunglück. Aus Sofia wird gemeldet: Bei Stewna stießen zwei Eisenbahnzüge zusammen; 20 Personen wurden getötet oder verwundet. Unter den Getöteten befindet sich auch der Ingenieur Petroff, ein Bruder des ehemaligen Kriegsministers Petroff.

